

gesellschaft
für **bedrohte
völker**

Nach den Unruhen von Urumtschi

Verfolgung von Uiguren in China hält an



Menschenrechtsreport Nr. 62
der Gesellschaft für bedrohte Völker - Juli 2010

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Impressum:

Text: Ulrich Delius
Redaktion: Hanno Schedler, Valeska Schugt
Satz und Layout: Florian Gobrecht
Titelphoto: Picture Alliance
Preis: 6,00 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juli 2010

Inhaltsverzeichnis:

Nach den Unruhen von Urumtschi – Verfolgung von Uiguren in China hält weiter an

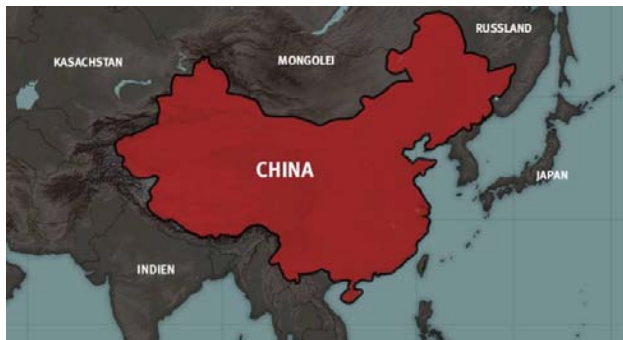
Seite

| | |
|---|----|
| 1. Zusammenfassung | 5 |
| 2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker | 8 |
| 3. Unruhen im Juli 2009 | 9 |
| 3.1 Chinesische Behörden spielen Spannungen herunter | 9 |
| 3.2 Bewegungsfreiheit von Uiguren wird eingeschränkt | 10 |
| 3.3 Uigurische Gastarbeiter fühlen sich in China diskriminiert | 11 |
| 3.4 Uiguren in Spielzeugfabrik erschlagen | 12 |
| 3.5 Zunehmende Spannungen zwischen ethnischen Gruppen | 14 |
| 3.6 Keine unabhängige Untersuchung der Unruhen in Xinjiang | 14 |
| 3.7 Internet mobilisiert Demonstranten | 15 |
| 3.8 Tod von Passanten und Demonstranten | 16 |
| 3.9 Protest uigurischer Frauen | 17 |
| 3.10 Han-Chinesen werden bei Demonstration gewalttätig | 17 |
| 3.11 Zahllose Uiguren werden verhaftet | 17 |
| 3.12 Tod in der Haft | 19 |
| 4. Die Reaktion durch die chinesische Führung | 20 |
| 4.1 Rechtsanwälte werden eingeschüchtert | 20 |
| 4.2 Hohe Haftstrafen für Demonstranten | 20 |
| 4.3 Keine Strafverfahren vor Jubelfeiern | 21 |
| 4.4 Aburteilung der Demonstranten beginnt nach Gedenkfeiern | 21 |
| 4.5 China verstärkt Sicherheitsapparat in Xinjiang | 23 |
| 4.6 „Schlag hart zu“ – Kampagne wird verstärkt | 25 |
| 4.7 Mysteriöse Nadel-Angriffe verunsichern Bevölkerung | 26 |
| 4.8 Demonstranten fordern Ablösung von Parteifunktionären | 27 |
| 4.9 Verbreitung von Gerüchten wird streng bestraft | 28 |
| 4.10 Rolle uigurischer Frauen verändert sich | 28 |
| 4.11 Chinas Zensoren lernen aus Tibet-Desaster | 29 |
| 4.12 Zensoren unterdrücken kritische Nachrichten | 30 |
| 4.13 Zensoren blockieren Internet | 32 |
| 4.14 Neues Gesetz verbietet Diskussion über Autonomie | 33 |
| 4.15 Neues Informationsgesetz fördert Zensur | 34 |
| 5. Internationale Staatengemeinschaft reagiert zurückhaltend | 36 |
| 5.1 Reaktionen im Westen | 36 |
| 5.2 Machtkalkül statt Menschenrechte | 37 |
| 5.3 Islamische Welt reagiert verärgert | 38 |
| 5.4 Proteste in Zentralasien | 39 |
| 5.5 Pakistan engagiert sich für Chinas Ruf in der muslimischen Welt | 41 |
| 5.6 Unerwünschte „Hilfe“ von Terrorgruppen | 42 |
| 5.7 Türkei erhebt Genozid-Vorwurf | 43 |
| 5.8 Türkische Regierung überdenkt Kritik | 43 |
| 5.9 China übt Druck auf Türkei aus | 44 |

| | |
|---|----|
| 6. Chinas Kampf gegen Uiguren im Exil | 46 |
| 6.1 Diffamierungskampagne gegen <i>Weltkongress der Uiguren</i> | 46 |
| 6.2 Reisefreiheit von Uiguren wird eingeschränkt | 50 |
| 6.3 Spionage gegen Exil-Uiguren | 51 |
| 6.4 Repressalien gegen Kadeers Familie | 52 |
| 6.5 Persönliche Angriffe auf Ehemann Kadeers | 53 |
| 6.6 Dialog mit Exil-Uiguren wird verweigert | 54 |
| 6.7 Kein Schutz für Flüchtlinge in Kambodscha und Burma | 54 |
| 7. Die systematische Unterdrückung der Uiguren | 55 |
| 7.1 Peking will keine Reform der Nationalitätenpolitik | 55 |
| 7.2 Uiguren kritisieren Ansiedlung von Han-Chinesen | 57 |
| 7.3 Uiguren verlangen Gleichbehandlung | 57 |
| 7.4 Pekings gescheiterte Sprachenpolitik | 58 |
| 7.5 Glaubensfreiheit wird verletzt | 59 |
| 7.6 Welche Bedeutung Xinjiang für China hat | 59 |

1. Zusammenfassung

Ein Jahr nach den Unruhen von Urumtschi vom Juli 2009 ist das wahre Ausmaß der teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren, Han-Chinesen und staatlichen Sicherheitskräften noch immer nicht überschaubar. Chinas Behörden verweigern jede unabhängige Untersuchung des Verlaufs, der Hintergründe und Folgen des schwersten Konflikts seit Jahrzehnten in Xinjiang (Ostturkestan). In dem vorliegenden Menschenrechtsreport werden auf der Grundlage von Augenzeugenberichten die Ereignisse rekonstruiert und Hintergründe der Auseinandersetzungen aufgezeigt.



Grafiken: GfbV

Abstammung der Täter strafrechtlich geahndet werden. Doch bislang ist die juristische Aufarbeitung der Geschehnisse auf inakzeptable Weise unvollkommen geblieben. So wurde Beschuldigten die freie Auswahl von Prozessvertretern verweigert und Rechtsanwälte eingeschüchtert und bedroht. Die Gerichtsverfahren missachteten alle Grundsätze fairer Prozesse.



Offensichtlich wird dabei, dass die Proteste der Uiguren zunächst friedlich waren und durch staatliche Zensur sowie durch willkürliches Handeln von Sicherheitskräften geschürt wurden. Bis heute ist unklar, wie viele Menschen den blutigen Auseinandersetzungen zum Opfer fielen. Straftaten und Verbrechen, die bei den Unruhen verübt wurden, müssen unabhängig von der ethnischen

Seit Oktober 2009 wurden mehr als 20 Uiguren und einige wenige Han-Chinesen wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen zum Tode verurteilt. Mindestens neun Angeklagte wurden inzwischen hingerichtet. Dutzende wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Hunderte warten noch auf ihre Aburteilung. Ostturkestan droht eine Flut weiterer Todesurteile, die neue Gewalt auslösen könnten, wenn bei den Verfahren nicht juristische Mindeststandards beachtet werden.

Der Report zeigt aber auch, wie vielschichtig der Protest war. Neben den gewalttätigen Demonstranten, über die das chinesische Staatsfernsehen ausführlich berichtete, gab es friedlich demonstrierende uigurische Frauen, die für die Freilassung ihrer inhaftierten Männer und Söhne protestierten. Und es gab Han-Chinesen, die aus Angst um ihre eigene Sicherheit demonstrierten und der regierenden Kommunistischen Partei Unfähigkeit vorwarfen. Inhaftierte berichten über Folter, Tod in der Haft und über massive Übergriffe der Sicherheitskräfte.

Der Report untersucht zudem die vergleichsweise zurückhaltenden Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die Unruhen und ihre Niederschlagung. Ausführlich analysiert der Bericht die breiten Proteste in der muslimischen Welt und geht vor allem auf die widersprüchliche Haltung der Türkei ein, die sich nach anfänglich scharfem Protest dem massiven Druck Chinas beugte und sich um eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Peking bemühte.



Photo: www.erktv.org

China verstärkte nach den Unruhen massiv seine Militärpräsenz in Urumtschi. Bis zu 130.000 Bewaffnete patrouillierten in der Stadt. Die Aufwendungen für öffentliche Sicherheit wurden um fast 90 Prozent erhöht. Statt auf Analysen der Ursachen und Hintergründe der Gewalt setzt China nur auf die Verstärkung der Sicherheit. So wird die „Schlag hart zu“ -Kampagne verschärft, in deren Rahmen seit 1997 mehrere zehntausend Uiguren festgenommen wurden. Neue Gesetze zur Förderung der Information und der ethnischen Einheit wurden im Herbst / Winter 2009 verabschiedet. Sie unterdrücken und kriminalisieren jede öffentliche Diskussion über die offiziell in Xinjiang bestehende Autonomie und ermöglichen eine breit angelegte staatliche Zensur. Gespräche mit führenden Repräsentanten der Betroffenen, um die Krise friedlich beizulegen, lehnen die Behörden ab.

Zwar werden nur zwei Tage nach Ausbruch der Unruhen ausländische Journalisten nach Urumtschi eingeladen, doch diese Geste ist nur machtpolitisches Kalkül und nicht Ausdruck einer neuen Offenheit der chinesischen Behörden gegenüber den Medien. Im Gegenteil, es gibt zahllose Beschränkungen der freien Arbeit chinesischer und ausländischer Journalisten. Pekings Machthaber waren an Journalisten nur interessiert, solange diese über gewaltsame Übergriffe von Uiguren berichteten. An einer umfassenden Darstellung der Hintergründe und Ursachen des aufgestauten Frustration und des Zorns der muslimischen Bevölkerungsgruppe hatte Peking kein Interesse.

Mehr als sieben Monate lang riegeln Chinas Zensoren die Unruheregion hermetisch von der Außenwelt ab, in dem sie die meisten Internetverbindungen, SMS und sozialen

Netzwerke systematisch blockieren. So entwickelt sich Ostturkestan zum „Internet-Gefängnis“, das Geschäftsleute und Reisende in Scharen verlassen, um von Nachbarprovinzen aus wieder über das Internet den Kontakt zur Außenwelt zu bekommen. Zwar betont die chinesische Regierung stetig ihr Engagement für „Harmonie und ethnische Einheit“, aber besonders massiv gehen die Behörden vor allem gegen Webseiten vor, die sich gerade um einen Ausgleich zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen bemühen. Während Peking von Harmonie spricht, überwiegen auf der Straße Hass und Ablehnung. Niemals zuvor stand es so schlecht um die Beziehungen zwischen zugewanderten Han-Chinesen und einheimischen Uiguren. Chinas Machthaber sind dennoch nicht bereit, sich das Scheitern ihrer Nationalitätenpolitik offen einzugestehen. Eine Reform der Nationalitätenpolitik lehnen sie kategorisch ab.



Photo: GfbV

Möglichkeiten der Organisation, die sich mit ihren begrenzten Mitteln nur für mehr Menschenrechte für Uiguren einsetzt.

Um vom eigenen Unvermögen abzulenken, suchen sie ein einfaches Feindbild im Ausland, das sie jederzeit benutzen können, um über die dramatische Lage in Ostturkestan hinwegzutäuschen. Im *Weltkongress der Uiguren (WUC)* und seiner Präsidentin Rebiya Kadeer (siehe Photo links) finden sie den gesuchten Sündenbock. Sie werfen der Organisation terroristische Aktivitäten vor und überzeichnen in der öffentlichen Diskussion den realen Einfluss und die

Möglichkeiten der Organisation, die sich mit ihren begrenzten Mitteln nur für mehr Menschenrechte für Uiguren einsetzt.

Mit einer nie gekannten Schärfe und Konsequenz verfolgen und kriminalisieren sie die Organisation und ihre Repräsentanten. Keine Gelegenheit lässt Peking aus, um *WUC*-Repräsentanten Probleme zu bereiten. Regelmäßig protestiert Peking gegen die Erteilung von Visa für die uigurischen Menschenrechtler und versucht in verschiedenen Staaten die Ausstrahlung eines Dokumentarfilms über Rebiya Kadeer zu verhindern. Eine Kampagne der Diffamierung des *WUC* trägt erste Früchte und schränkt die Bewegungsfreiheit einzelner *WUC*-Mitarbeiter ein. Außerdem wird bekannt, dass chinesische Konsulate und Botschaften in Deutschland, Schweden und Pakistan die Aktivitäten von Exil-Uiguren ausspähen lassen.

Bis heute ist das offizielle China nicht bereit, sich über die Hintergründe des Zorns der Uiguren zu informieren. Der massive Zuzug von immer mehr Han-Chinesen, die fehlende Gleichbehandlung von Uiguren und Han-Chinesen bei der Vergabe von Arbeitsstellen, die Verweigerung der Glaubensfreiheit und die gescheiterte Sprachenpolitik Chinas sind nur einige der wichtigsten Gründe, weshalb Uiguren immer ungeduldiger und zorniger werden.

Ausführlich werden in dem Report auch die Gründe dargestellt, warum China um jeden Preis seine eiserne Hand über Xinjiang halten will. Denn die Unruheregion liefert sicher und preiswert Rohstoffe für Chinas Industrie, ohne die der Wirtschaftsboom in der Volksrepublik nicht vorstellbar wäre.

2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

- Allen Verhafteten, die wegen der Unruhen in Urumtschi festgenommen und noch nicht verurteilt wurden, muss der freie Zugang zu Rechtsanwälten ihrer Wahl gestattet werden. Die Gerichtsverfahren müssen internationalen Standards fairer Prozesse entsprechen und öffentlich sein. Vertreter der EU-Botschaften sollten als Beobachter an den Verfahren teilnehmen.
- Alle Todesurteile, die nach den Unruhen verhängt wurden, sollten in Haftstrafen umgewandelt werden.
- Eine unabhängige internationale Untersuchungskommission sollte Ursachen, Verlauf und Hintergründe der Proteste in Urumtschi analysieren und dokumentieren.
- Das Regionale Autonomie-Gesetz von 1984 muss endlich umfassend umgesetzt werden. Insbesondere muss Xinjiang eine glaubwürdige und echte Autonomie erhalten.
- Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern muss beendet werden. Die deutsche Bundesregierung sollte sich im Rechtsstaatdialog mit China für eine Aufhebung der Gesetze zur Förderung der Information und der ethnischen Einheit einsetzen, da sie jede öffentliche Diskussion über die Autonomie und die Lage in Xinjiang strafrechtlich ahnden. Die Diffamierungskampagne gegen den *Weltkongress der Uiguren* muss gestoppt werden.
- Es muss einen Stopp der Zuwanderung von Han-Chinesen nach Xinjiang und der Assimilationspolitik gegenüber Uiguren geben.
- Die freien Glaubensausübung für Muslime in Nordwestchina muss gewährleistet werden.
- Die internationale Gemeinschaft sollte sich engagierter für einen wirksamen Schutz uigurischer Flüchtlinge einsetzen.
- Die deutsche Bundesregierung sollte sich dafür engagieren, dass deutsche Staatsbürger nicht durch die Volksrepublik China in ihrer Reisefreiheit eingeschränkt werden.
- Gemeinsam mit der Europäischen Union sollte sich Deutschland gegenüber der chinesischen Regierung für eine Neuausrichtung ihrer Nationalitätenpolitik einsetzen. Dabei sollten Deutschland und Europa der Lage der Uiguren besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

3. Unruhen im Juli 2009 in Urumtschi

Xinjiang oder Ostturkestan, wie die Uiguren ihre Heimat bezeichnen, erlebte im Juli 2009 die größten Unruhen seit dem Massaker in Gulja im Februar 1997. Damals waren mehrere hundert Menschen nach einer friedlichen Demonstration in einem Blutbad chinesischer Sicherheitskräfte zu Tode gekommen. In den folgenden sieben Jahren wurden mehr als 500 Uiguren wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Protesten zum Tode verurteilt und hingerichtet.



Photo: www.erktv.org

Welle von Todesurteilen zu befürchten, die die Repression nach dem Massaker in Gulja noch in den Schatten stellen könnte.

Bis heute weiß man nicht exakt, wie viele Menschen bei den Unruhen in Urumtschi und ihrer blutigen Niederschlagung Anfang Juli 2009 starben. Die chinesischen Behörden lehnen eine unabhängige Untersuchung dieser jüngsten Proteste kategorisch ab. Augenzeugen halten die offiziell von den Behörden angegebene Zahl von 197 Toten für zu gering und vermuten ein Vielfaches an Opfern. Auch ist eine neue

3.1 Chinesische Behörden spielen Spannungen herunter

Wie schon in Gulja vor zwölf Jahren protestierten die Uiguren auch in Urumtschi zunächst friedlich. Später wurde der Protest gewalttätig und richtete sich nicht nur wie in den Vorjahren gegen Symbole und Vertreter der Staatsmacht, sondern auch gegen Han-Chinesen, die, von der Regierung ermutigt, als Siedler nach Ostturkestan gekommen waren. Die neue Eskalation der Auseinandersetzung ist besonders beunruhigend, da sie für das Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen Gruppen in Ostturkestan nichts Gutes erwarten lässt. Doch der stellvertretende Minister für Ethnische Fragen, Wu Shimin, beeilte sich sogleich festzustellen, dass die Unruhen nichts mit Chinas Nationalitätenpolitik, dem Zusammenleben der ethnischen Gruppen oder mit Religion zu tun hätten (*Xinhua*, 21.7.2009). Zwar habe es wegen unterschiedlicher Sprache, Gebräuche und Religionen einige Konflikte gegeben, doch diese seien schnell und in angemessener Weise gelöst worden. Keiner der Geistlichen in den Moscheen sei in die Auseinandersetzungen verwickelt gewesen. Statt die eigene Nationalitätenpolitik zu überdenken, deren Probleme spätestens seit den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 offenkundig geworden waren, macht der Minister die Uiguren für die Auseinandersetzungen verantwortlich.

„Der Zwischenfall wurde geplant und organisiert von den drei Kräften des Extremismus, Separatismus und Terrorismus im In- und Ausland“, erklärte Shimin. Auch Chinas Staatspräsident Hu Jintao machte die Uiguren zum Sündenbock, als er bei seiner ersten Inspektionsreise durch Xinjiang nach der Niederschlagung der Unruhen am 25. August erklärte: „Die Unruhen sind ein schweres Verbrechen, das von separatistischen Kräften im In- und Ausland gesteuert wurde“ (CNN, 25.8.2009). Bezeichnenderweise besuchte der Präsident bei seiner Reise neben der Provinzhauptstadt Urumtschi vor allem die Ölförderstätten in Karamay sowie das Hauptquartier des „Produktions- und Aufbaukorps von Xinjiang“ in Shihezi. Das von ehemaligen chinesischen Soldaten und Strafgefangenen getragene Korps dient den chinesischen Sicherheitskräften nicht nur als Miliz, sondern hat seit seiner Gründung vor 50 Jahren auch systematisch die Besiedlung, Erschließung und Förderung von Rohstoffen in Ostturkestan durch Han-Chinesen ermöglicht. Ausdrücklich bedankte sich der Präsident bei Milizen, Polizei und Armee für die Niederschlagung der Unruhen. Der lokalen uigurischen Bevölkerung versprach er mehr „Entwicklung“, die er als Schlüssel für mehr „Wohlstand und Harmonie“ sieht.

Mit einer Propaganda-Kampagne versuchte die chinesische Führung das klägliche Scheitern ihrer Nationalitätenpolitik im äußersten Westen der Republik zu überspielen. Wenige Tage nach den Unruhen in Urumtschi im staatlichen Fernsehen Xinjiangs in einem Werbespot der Regierung ein Chor lächelnder Uiguren und Han-Chinesen in gelben Polo-Hemden auf, der sang: „Wir sind alle Teil der gleichen Familie“. Gelb ist in China die Farbe des Patriotismus. Vor Ort tun sich viele chinesische Staatsbürger allerdings schwer mit der Botschaft der Harmonie. So klagen Han-Chinesen über „barbarische Sitten“ uigurischer Gastarbeiter und Uiguren beklagen eine zunehmende Besiedlung ihrer Heimat durch zuwandernde Han-Chinesen.

3.2 Bewegungsfreiheit von Uiguren wird eingeschränkt

Nicht nur in Ostturkestan, sondern auch in den dicht bevölkerten städtischen Zentren im Osten Chinas gibt es keine echte Harmonie, wenn Uiguren Han-Chinesen begegnen. Schon vor den Olympischen Spielen in Peking im Sommer 2008 wurde unter Verweis auf die angespannte Sicherheitslage die Bewegungsfreiheit von Uiguren innerhalb der Volksrepublik massiv eingeschränkt. Pensionen und Hotels wurden angewiesen, keine Zimmer an Angehörige der Nationalität zu vermieten. Mehrfach kam es in Südostchina zu Übergriffen auf uigurische Restaurant-Besitzer. Auch berichteten uigurische Reisende über Vorbehalte und Ablehnung durch Han-Chinesen, ungeachtet der „ethnische Harmonie“ beschwörenden staatlichen Propaganda.

Als der uigurische Fotograf und Journalistikstudent Kuerbanjiang Saimaiti Anfang Oktober 2009 die Stadt Shenyang besuchte, verweigerte man ihm in allen Hotels eine Unterkunft, nachdem er erklärte, er käme aus Xinjiang. Telefonisch hatte man dem 27 Jahre alten Mann, der anders als viele Uiguren gut Chinesisch spricht, zunächst versichert, es stünden genügend freie Hotelbetten zur Verfügung. Als er sich bei den Hotels über die diskriminierende Behandlung beschwerte, teilte man ihm mit, dass das „Büro für Öffentliche Sicherheit“ angeordnet habe, Uiguren nicht als Gäste zu akzeptieren (*China Digital Times*, 3.10.2009).

Trotz der anhaltenden Spannungen zwischen Han-Chinesen und Uiguren fördern die chinesischen Behörden seit dem Jahr 2002 die Entsendung von uigurischen Gastarbeitern in die mehr als 3.000 Kilometer entfernten industriellen Zentren im Osten Chinas. Besonders umstritten ist die gezielte Anwerbung von tausenden jungen Frauen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, die von den Uiguren als Versuch verstanden wird, die Bevölkerungsstruktur in Ostturkestan grundlegend zu Ungunsten der Uiguren zu verändern. Schließlich kamen im Gegenzug alleine im Jahr 2006 mehr als 500.000 Baumwollpflücker durch Vermittlung der Behörden aus der Provinz Gansu nach Xinjiang, um dort die Baumwollfelder abzuernten (*Xinhua*, 8.6.2007).

3.3 Uigurische Gastarbeiter fühlen sich in Ostchina diskriminiert

Rund 100.000 Uiguren verdingten sich im Jahr 2007 als Gastarbeiter in den Städten Schanghai, Tianjin, Peking sowie in den Provinzen Zhejiang und Shandong (*Xinhua*, 23.3.2007). Allein aus dem Kreis Yarkant (chinesisch: Shufu) im Regierungsbezirk Kashgar werden jedes Jahr rund 75.000 Uiguren als Gastarbeiter vermittelt (*Xinhua*, 22.7.2009). Aus dem benachbarten Kreis Payzawat (chinesisch: Jiashi) suchten 19.000 Uiguren im Jahr 2006 ihr Los in der Fremde (*Xinhua*, 7.8.2009). Im August 2009 waren 4.300 Gastarbeiter aus Payzawat in 21 Unternehmen in sieben Provinzen im Osten Chinas beschäftigt (*People's Daily*, 7.8.2009). Selbst in einem Artikel der staatlichen Zeitung „Xinjiang Daily“ wird eingeräumt, dass sich nur 70 Prozent der Gastarbeiter freiwillig zur Arbeit im Osten der Volksrepublik verpflichten (*New York Times*, 16.7.2009). Unter welchem Druck die übrigen 30 Prozent der uigurischen Arbeitskräfte mobilisiert werden, wird nicht mitgeteilt. Uigurische Dorfvorsteher berichteten jedoch, sie würden von den Behörden massiv unter Druck gesetzt, um eine bestimmte Quote von Dorfbewohnern für die Arbeit in der Fremde zu registrieren (*Radio Free Asia*, 21.6.2007). Familien, die sich weigerten, Gastarbeiter zu entsenden, sollen nach Aussage von Dorfbewohnern mit empfindlichen Geldstrafen (entsprechend einem sechsmonatigen Verdienst eines Dorfbewohners) belegt worden sein (*New York Times*, 16.7.2009).

Eine uigurische Familie aus der Umgebung der Stadt Kashgar erklärte, jede Familie in ihrem Dorf sei aufgefordert worden, mindestens eine Person für das Gastarbeiter-Programm zu melden. Ein junger Mann berichtete, dass seine Schwester nach ihrem Abschluss der Mittelschule gegen ihren Widerstand für ein Jahr in einer Sockenfabrik in der Stadt Qingdao im Osten der Volksrepublik arbeiten hatte müssen, weil ihre Familie keine Mittel gehabt habe, um die ansonsten anfallende Geldstrafe zu zahlen (*Washington Post*, 15.7.2009). „Bevor sie losfahren musste, weinte sie jeden Tag“, berichtete ihr Bruder. Die Zwangsverschickung der jungen Frauen ist eine massive Verletzung der Menschenrechte der Uigurinnen. Denn bei der Rekrutierung wird nicht nur Zwang angewandt oder es werden falsche Erwartungen geweckt: Auch die Kultur und Religion dieser Musliminnen werden systematisch ignoriert. Denn muslimische Mädchen in diesem Alter sind es nicht gewohnt, so weit von zu Hause entfernt so lange festgehalten zu werden. Bei ihrer Rückkehr drohen den jungen Frauen Misstrauen und Abweisung durch ihre Familien und die traditionelle Dorfgemeinschaft.

Der Han-Chinese Liu Guolin, der eine Textilfabrik in der Provinz Hebei betreibt, nutzte im Jahr 2007 zum ersten Mal in seinem Unternehmen das Gastarbeiterprogramm. Als

damals 143 junge Uigurinnen bei ihm die Arbeit aufnahmen, wunderte er sich, dass sie von einem zweisprachigen Polizisten begleitet wurden, der regelmäßig alles überwachte, was sie taten (*Washington Post*, 15.7.2009). Aus heutiger Sicht ist dem Unternehmer bewusst, dass viele der jungen Arbeiterinnen nicht freiwillig in seine Fabrik gekommen waren, sondern weggelaufen wären, wenn der Polizist sie nicht überwacht hätte. Außerdem erfuhr er später, dass einige der Mädchen nur 14 Jahre alt waren und ihre Ausweispapiere von den Behörden in Xinjiang gefälscht worden waren, um ihre Teilnahme an dem Programm zu ermöglichen und die staatlich vorgegebene Quote von Gastarbeitern zu erfüllen.

3.4 Uiguren in Spielzeugfabrik erschlagen

Dass das Leben fern von der eigenen Familie im Osten Chinas schwierig ist und trotz der staatlich propagierten Harmonie oft von Diskriminierung und Missachtung gekennzeichnet ist, wurde im Juni 2009 deutlich, als Konflikte zwischen Han-Chinesen und Uiguren in einer Spielzeugfabrik in der Stadt Shaoguan in der Provinz Guangdong ausbrachen. Der anfänglich von den Behörden unterschätzte Konflikt sandte Schockwellen bis nach Xinjiang, wo Uiguren zunächst friedlich protestierten, schließlich jedoch Gewalt ausbrach. Die Fabrik in Shaoguan gehört der Firma *Early Lights – Lacewood International* aus Hongkong, einem der größten Spielzeughersteller der Welt. Im Mai 2009 trafen dort die ersten 40 uigurischen Gastarbeiter ein; bis Juni hatte sich ihre Zahl auf 818 erhöht, denen rund 16.000 Han-Chinesen als Arbeiter in der Fabrik gegenüber standen.

Das Verhältnis zwischen beiden Gruppen war frostig und von Misstrauen und Unverständnis geprägt. Mangelnde Sprachkenntnisse, nicht vorhandene Informationen über die jeweils andere Gruppe und katastrophale Arbeitsbedingungen (geringer Lohn, lange Arbeitszeiten, Fließbandarbeit) schürten weitere Spannungen. Die muslimischen Arbeiter werden regelmäßig beschworen, in der Ferne nicht ihren Glauben zu praktizieren. Darüber hinaus sind die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Gastarbeiter ungewohnt. Die zuvor überwiegend in ländlichen Regionen beheimateten Uiguren sind es oft nicht gewohnt, mit so vielen Menschen stetig auf engem Raum zusammenzuleben und haben Probleme mit dem rüden Umgangston ihrer Vorgesetzten.

Anfang Juni 2009 nahmen die Spannungen in der Fabrik weiter zu, als im Internet anonyme Berichte veröffentlicht wurden, in denen sechs uigurische Arbeiter für die Vergewaltigung von zwei Han-Chinesinnen verantwortlich gemacht worden. Die Behörden erklären bis heute, dass es sich dabei nur um Gerüchte gehandelt habe, die jeder Grundlage entbehren würden (*Radio Free Asia*, 29.6.2009). Sie seien von einem ehemaligen Mitarbeiter aus Verärgerung darüber gestreut worden, dass er nicht wiederingestellt worden sei. Der frühere Mitarbeiter namens Zhu Gangyuan wurde von den Behörden verhaftet.

Die Gewalt in der Fabrik brach aus, als am späten Abend des 25. Juni 2009 die neunzehn Jahre alte Auszubildende Huang Cuilian irrtümlicherweise einen Schlafsaal der uigurischen Arbeiter betrat. Als sie von den Uiguren zur Rede gestellt wurde, rannte die junge Han-Chinesin weinend davon und alarmierte andere Han-Chinesen von dem

Vorfall. Sofort rottete sich eine Gruppe von Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung zusammen und drang bewaffnet mit Eisen- und Holzstangen in die Schlafräume der Uiguren ein, die sich mit Messern wehrten. Unzählige Fenster gingen zu Bruch, der Kampf verlagerte sich später auf die Straße und wurde mit Pflastersteinen und Feuerlöschern fortgeführt. Ärzte wurden von den Kämpfenden daran gehindert, die Verletzten zu versorgen (*China Daily*, 12.10.2009). Mehr als eintausend Menschen beteiligten sich an den Kämpfen. „Ich wollte sie nur schlagen. Ich hasse die Leute aus Xinjiang“, erklärt einer der Han-Chinesen (*Guardian*, 10.7.2009). „Sieben oder acht von uns haben sich immer auf eine Person gestürzt. Einige der Leute aus Xinjiang versteckten sich unter ihren Betten. Wir haben sie mit Eisenstangen erschlagen und die leblosen Körper dann nach draußen geschafft und alle Haufen geworfen“, erzählte ein Han. Erst in den frühen Morgenstunden konnten 400 herbeigerufene Bereitschaftspolizisten die Straßenschlacht beenden. Mindestens zwei Uiguren starben bei den Kämpfen, 14 wurden schwer verletzt und 120 Menschen – unter ihnen vor allem Uiguren – erlitten leichte Verletzungen, berichten die Behörden (*Reuters*, 26.6.2009 / *Guardian*, 10.7.2009). Doch Han-Chinesen, die an den Kämpfen beteiligt waren, setzen die Zahl der Opfer weit höher an. Wahrscheinlich mehr als 30 Menschen seien zu Tode gekommen, erklärte ein Han-Chinese, der selber an der Ermordung von sieben oder acht Uiguren mitgewirkt haben will (*Guardian*, 10.7.2009).

Während schon wenige Tage nach den Unruhen in Urumtschi Fotos und Filme in den staatlichen Medien ausgestrahlt wurden, die Angriffe von Uiguren auf Han-Chinesen zeigten, wird die Verbreitung von Fotos und Videofilmen der Ausschreitungen gegen Uiguren in der Spielzeugfabrik in Shaoguan bis heute von staatlichen Zensoren verhindert. Wieder einmal misst das offizielle China bei gewalttätigen Ausschreitungen in Nationalitäten-Gebieten mit zweierlei Maß.

Während auch ausländische Journalisten ermutigt wurden, Interviews mit bedrängten Han-Chinesen in Urumtschi zu führen, wurden die in der Fabrik in Südostchina arbeitenden Uiguren systematisch von der Außenwelt abgeschirmt und daran gehindert, Journalisten Interviews zu geben. In den Krankenhäusern wurden Polizisten vor den Zimmern von Verletzten postiert, um jede Kontaktaufnahme mit Journalisten zu verhindern. Unverletzte Uiguren wurden in ein nahe gelegenes Industriegebiet gebracht, wo sie wochenlang hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt leben mussten. Bei uigurischen Restaurants in der Stadt ließ die Polizei Essen für sie holen. Später verlegte man die uigurischen Arbeiter in eine andere Fabrik in der Stadt, in der nun nur noch Uiguren arbeiten. Von der staatlich proklamierten Harmonie und Völkerfreundschaft ist in Shaoguan nur ein Trümmerhaufen übrig geblieben.

Immerhin blieben die chinesischen Rädelsführer der Übergriffe in der Fabrik nicht unbestraft. Am 10. Oktober 2009 verurteilte das Mittlere Volksgericht in Shaoguan den Anführer der Angreifer, den Han-Chinesen Xiao Jianhua, zum Tode. Sein engster Gefolgsmann Xu Qiqi muss eine lebenslange Haftstrafe verbüßen, weitere neun Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen fünf und acht Jahren (*China Daily*, 12.10.2009).

Doch die Nachricht von den pogromartigen Übergriffen auf die Uiguren in Shaoguan und dem nur zögerlichen Einsatz der Sicherheitskräfte verbreitete sich wie ein Lauffeuer per Mobilfunk, Telefon und E-Mail in ganz Ostturkestan. In vielen Teilen der Region wurden Rufe nach Gerechtigkeit laut. Angesichts staatlicher Informationssperren

verbreiteten sich auch in Ostturkestan Gerüchte über ein weit größeres Ausmaß der Ausschreitungen und Opfer als von den Behörden offiziell zugegeben. So bildete die staatliche Zensur einen der Faktoren, die Anfang Juli 2009 die Spannungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Urumtschi verschärften.

3.5 Zunehmende Spannungen zwischen ethnischen Gruppen

Im mehrere tausend Kilometer entfernten Urumtschi schürten Gerüchte und lückenhafte Meldungen über die Ermordung von Uiguren und die Verhaftung von muslimischen Gastarbeitern im Osten Chinas Wut und Verzweiflung. Uiguren fühlten sich erinnert an frühere Massaker, alltägliche Diskriminierung, willkürliche Verhaftungen und andere Menschenrechtsverletzungen. Die massive Einschüchterung und Verfolgung vor und während der Olympischen Spiele in Peking im Sommer 2008 hatte die ethnischen Spannungen in der Region weiter geschürt. Angesichts massiver Zuwanderung und Förderung von Han-Chinesen durch die Behörden hatten sich in den vorangegangenen Monaten die Beziehungen zwischen der einheimischen uigurischen Bevölkerung und zugewanderten Han-Chinesen weiter verschlechtert und befanden sich nun auf einem nie zuvor gekannten Tiefstand. In den Augen vieler Uiguren verschwammen die Grenzen zwischen Vertretern der chinesischen Staatsmacht und einzelnen chinesischen Siedlern immer mehr, so dass Han-Chinesen von der einheimischen Bevölkerung pauschal für die Diskriminierung und Verfolgung verantwortlich gemacht wurden. Eine gefährliche Entwicklung in einem Vielvölkerstaat, wie sich schon bald zeigen sollte.

Chinas Regierung hatte diese Fehlentwicklung jahrelang mit einer gezielten Unterstützung der zugewanderten Bevölkerungsgruppe gefördert. Auch während der im Juli 2009 ausbrechenden Unruhen versuchten sich die Behörden in den staatlich kontrollierten Medien als „Schutzmacht der bedrängten Han-Chinesen“ zu präsentieren. Die Staatsmacht wollte gegenüber dem Ausland uigurische Demonstranten als gewalttätig und unberechenbar darstellen und sich zugleich im Inland gegenüber den Han-Chinesen als unverzichtbarer Garant für Stabilität und Sicherheit darstellen. Massive Proteste von Han-Chinesen in Urumtschi zeigten jedoch im Sommer 2009, dass auch die chinesischen Zuwanderer mit der Politik der Kommunistischen Partei in Xinjiang unzufrieden und nicht länger bereit sind, unkritisch jedes Handeln der Regierung im Nordwesten Chinas zu unterstützen.

3.6 Keine unabhängige Untersuchung der Unruhen in Xinjiang

Was am 5. Juli 2009 und in den folgenden Tagen in Urumtschi passierte, ist bis heute umstritten. Unstrittig ist nur, dass es öffentliche Proteste von Uiguren und später auch von Han-Chinesen gegeben hat und dass diese Demonstrationen zum Teil auch gewalttätig waren. Was diese Gewalt zu welchem Zeitpunkt ausgelöst hat, wer dafür die Verantwortung trägt, wieviele Menschen zu Tode gekommen sind, verletzt oder verhaftet wurden, ist bis heute unklar.

Grund dafür ist vor allem die Weigerung der chinesischen Behörden, eine unabhängige und glaubwürdige Untersuchung der Unruhen und ihrer Ursachen zuzulassen.

Vergeblich forderte die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, am 7. Juli 2009 eine umfassende und transparente Analyse der Zusammenstöße (*Reuters*, 7.7.2009). Auch verschiedene Menschenrechtsorganisationen und die im Exil in den USA lebende Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, Rebiya Kadeer, verlangten eine unabhängige Untersuchung durch die Vereinten Nationen (*Associated Press*, 7.8.2009 / Presseerklärungen *Human Rights Watch*, *Gesellschaft für bedrohte Völker*, *Amnesty International*, 6./7.7.2009).

Viele Augenzeugenberichte der Unruhen widersprechen sich oder sind sehr selektiv. So wird Gewalt nur gegenüber Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe wahrgenommen. Die Berichte vermitteln kein schlüssiges Gesamtbild und können eine unabhängige Untersuchung nicht ersetzen. Während Han-Chinesen gegenüber den staatlichen chinesischen Medien vor allem gewaltsame Übergriffe von Uiguren im späteren Verlauf der Demonstrationen schildern, berichten Uiguren von Polizei-Willkür, Verhaftungen und unangemessenem Einsatz von Gewalt durch die Ordnungskräfte.

3.7 Internet mobilisiert Demonstranten

Nach Auswertung vieler Augenzeugenberichte erscheint es am wahrscheinlichsten, dass sich Folgendes in Urumtschi zugetragen hat: Am Morgen des 5. Juli 2009 wurden über *Tencent QQ*, das in China am meisten verbreitete Nachrichtenfortversand-Portal, Textnachrichten verbreitet, in denen Uiguren dazu aufgefordert wurden, sich am Nachmittag um 17 Uhr am zentralen Volksplatz in der Provinzhauptstadt zu versammeln und für eine Untersuchung der Übergriffe und gewaltsamen Todesfälle in Shaoguan zu demonstrieren.

Viele Leserinnen und Leser dieser Textnachrichten folgten dem Aufruf nicht, da sie Übergriffe der Sicherheitskräfte befürchteten oder vermuteten, es könne sich bei der Demonstration um einen Vorwand der Behörden handeln, um erneut Uiguren zu verhaften.

Mehrere hundert jüngere Uiguren, vor allem Studenten, versammelten sich trotzdem am Spätnachmittag in der Nähe des Volksplatzes und verlangten die Freilassung der in Shaoguan verhafteten Uiguren, eine unabhängige Untersuchung der in der Fabrik verübten Übergriffe sowie ein Ende der rassistischen Diskriminierung der Volksgruppe. Rund 300 Uiguren hielten einen Sitzstreik ab, der friedlich verlief. Viele der Demonstranten trugen chinesische Fahnen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, „Separatisten“ zu sein. Innerhalb von einer Stunde schwoll die Menge auf bis zu 2.000 Demonstranten an. Viele Uiguren wurden von Bereitschaftspolizei, normaler Polizei und anderen Sondereinheiten der Sicherheitskräfte, die inzwischen in großer Zahl bei der Demonstration eingetroffen waren, an der Teilnahme an der Kundgebung gehindert.

Nach mehrfachen Aufrufen, die Versammlung aufzulösen, setzte die Bereitschaftspolizei Tränengas, Schlagstöcke (darunter auch Elektroschocker) und scharfe Munition ein, um die Demonstration brutal zu beenden (*Radio Free Asia*, 7.7.2009). Nach Berichten von Augenzeugen waren die Demonstranten unbewaffnet. Die in Kanada lebende Uigurin Sakine Zulang, eine 17 Jahre alte High School-Studentin aus Toronto, die gerade die

Stadt besuchte, berichtete im Oktober 2009, chinesische Sicherheitskräfte seien mit Schützenpanzern gegen die Demonstranten vorgegangen und die Straßen um den Kundgebungsort seien nach dem Einsatz der Polizisten mit Leichen übersät gewesen (*CBC, Citizen Bytes, 20.10.2009*). Wahllos seien Uiguren, die sich in der Nähe aufhielten, verhaftet und in Mannschaftswagen der Polizei abtransportiert worden, berichtet die Augenzeugin. Mindestens 70 Uiguren wurden nach offiziellen Berichten zu diesem Zeitpunkt der Demonstration festgenommen (*China Radio International, 7.7.2009*).

3.8 Tod von Demonstranten und Passanten

Erst nach der blutigen Niederschlagung der Kundgebung in der Nähe des Volksplatzes und nach der Verhaftung zahlreicher Demonstranten wurden die Proteste zum Teil gewaltsam und richteten sich immer häufiger gegen unbeteiligte Han-Chinesen. Uigurische Jugendliche bewaffneten sich mit Steinen, Messern und Stangen; einige gingen Augenzeugen zufolge in ihren Wohnvierteln gegen chinesische Passanten vor. Auch Frauen, Kinder und ältere Menschen wurden angegriffen. Dutzende Häuser, Geschäfte, Busse, Polizeifahrzeuge und Autos sollen in Brand gesetzt und Geschäfte geplündert worden sein. Um 21 Uhr verhängten die Behörden eine Ausgangssperre. Schließlich gelang es den Sicherheitskräften um 22 Uhr, die Ausschreitungen einzudämmen.

Nach offiziellen Angaben kamen bei den Unruhen 197 Menschen (150 Han-Chinesen, 46 Uiguren und ein muslimischer Hui) zu Tode und 1.721 Personen wurden verletzt (*Associated Press, 16.7.2009*). Mitte Juli 2009 wurden noch immer 881 Verletzte stationär in Krankenhäusern behandelt, 66 Personen galten als lebensgefährlich verletzt. Die Behörden erklärten, 156 Getötete seien Zivilisten gewesen (*UPI, 6.8.2009*). Auch seien die Wohnungen von 633 Familien beschädigt, 331 Geschäfte zerstört und 627 Autos in Brand gesetzt worden (*People's Daily, 21.7.2009*).

Nachdem die Behörden anfangs bestritten, Schusswaffen gegen die Protestierenden eingesetzt zu haben, erklärten sie am 18. Juli 2009 überraschend, zwölf uigurische Demonstranten seien von Sicherheitskräften erschossen worden (*Guardian, 18.7.2009*). Die Behörden behaupteten, der Schusswaffengebrauch sei angesichts der Übergriffe auf Zivilisten angemessen und verhältnismäßig gewesen.

Ungeklärt ist bis heute, wie viele uigurische Demonstranten eines gewaltsamen Todes starben. Augenzeugen bekräftigten, dass entgegen der offiziellen Darstellung auch zahlreiche friedlich demonstrierende Uiguren getötet wurden. Ein Mitarbeiter einer lokalen Fernsehstation berichtete, die Leichen von uigurischen Demonstranten seien in einem Massengrab hinter der Fernsehstation verscharrt worden. Danach sei das Grab zubetoniert worden (*Unrepresented Nations and Peoples Organisation, UNPO, Report: Repression in China, S. 14*). Zitiert wird auch ein Arzt eines lokalen Krankenhauses, der ungenannt bleiben wollte, mit der Aussage, die Polizei habe mit zwei Lastwagen Leichname von Uiguren aus zwei Militärkrankenhäusern abtransportiert und an einen unbekanntem Ort gebracht. Es ist für unabhängige Menschenrechtsorganisationen nicht möglich, diese Aussagen vor Ort auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

3.9 Proteste uigurischer Frauen

Als am 7. Juli eine Reisegruppe ausländischer Journalisten von den Behörden nach Urumtschi gebracht wurde, um über die gewaltsamen Proteste der Uiguren zu berichten, bemerkten die Journalisten eine friedliche Demonstration von rund 200 uigurischen Frauen. Die Uigurinnen forderten die Freilassung ihrer seit Beginn der Proteste verhafteten Angehörigen. „Mein Mann wurde gestern von der Polizei abgeführt“, erklärte die Uigurin Maliya gegenüber einem Korrespondenten der *The Times* (*The Times*, 7.7.2009). „Sie sagten nicht warum. Sie haben ihn einfach weggebracht.“

„Gebt uns unsere Männer zurück“, rufen die Demonstrantinnen, berichtet der Korrespondent des *Daily Telegraph*, Peter Foster (*Daily Telegraph*, 7.7.2009). Viele der Frauen hielten in ihren Händen Ausweispapiere ihrer festgenommenen Angehörigen. Die 15 Jahre alte Guli Nazar berichtete dem Journalisten, ihr 14 Jahre alter Bruder sei in der Nacht von Polizisten aus der Wohnung abgeholt worden, als die Familie schlief.

Mehrere hundert schwer bewaffnete Polizisten beendeten den friedlichen Protest nach einhundert Minuten, ohne dass es zu weiteren Verhaftungen oder zu Gewalt kam.

3.10 Han-Chinesen werden bei Demonstration gewalttätig

Trotz der massiven Polizeipräsenz in Urumtschi bewaffneten sich größere Gruppen von Han-Chinesen mit Knüppeln, Messern und Macheten und zogen ab der Mittagszeit des 7. Juli durch das überwiegend von Uiguren bewohnte Stadtviertel Caimachang. Unter Rufen „Tötet alle Uiguren“ demonstrieren rund 10.000 Han-Chinesen gegen die gewaltsamen Übergriffe auf han-chinesische Zuwanderer (*Daily Telegraph*, 7.7.2009). Die Demonstranten beschädigen die Moscheen Hantengri und Nanziguo, zerstören einen uigurischen Markt und verletzen zahlreiche Uiguren. Nach Augenzeugenberichten griffen die Polizisten meist nicht ein und setzten erst am Ende der Demonstration Tränengas ein, um den Protestzug aufzulösen. Einige der Demonstranten verfügten über Schutz-Ausrüstungen, um sich den Einsatz von Tränengas abzusichern.

3.11 Zahllose Uiguren werden verhaftet

Nach offiziellen Angaben sollen 1.434 in den 24 Stunden nach dem Ausbruch der Unruhen verhaftet worden sein (*Xinhua*, 6.7.2009). Später wurden geringere Zahlen von den chinesischen Behörden genannt (zwischen 250 und 718 Festgenommenen). Bei einer Sitzung eines Parteikomitees wurde von den Behörden jedoch von mehr als 4.000 verhafteten Uiguren gesprochen, berichtete ein Informant einer Redakteurin der *Financial Times* (*Financial Times*, 19.7.2009).

Rund 3.318 Beweisstücke seien sichergestellt worden, erklärten die Behörden (*Associated Press*, 21.8.2009). Darunter befänden sich auch 91 Videofilme und 2.169 Fotos. Am 30. Juli 2009 veröffentlichte die Polizei eine Fahndungsliste mit den fünfzehn am meisten gesuchten Verdächtigen, denen eine Verstrickung in die Unruhen vorgeworfen wurde. Gegen mindestens 83 Personen wurde offiziell wegen Mordes,

vorsätzlicher Körperverletzung, Brandstiftung und Raub ermittelt, teilte die Staatsanwaltschaft in Urumtschi Anfang August 2009 mit (*BBC*, 4.8.2009).

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* dokumentierte in einem Bericht die Fälle von 43 Männern und Jungen, die zwischen dem 5. Juli und Anfang August 2009 in Urumtschi verschwunden waren (*HRW, Report „We are afraid to even look for them“, Oktober 2009*). Dutzende Männer und Jugendliche wurden vor allem unmittelbar nach Ausbruch der Unruhen willkürlich von Polizisten eingekesselt und in Gewahrsam genommen, berichteten Augenzeugen.

Bei vielen Verhafteten war nicht offensichtlich, dass sie bewusst an den Demonstrationen teilgenommen hatten. So wurde am 7. August 2009 der 14 Jahre alte Sharafutdin von Soldaten aufgegriffen und in Gewahrsam genommen, als er auf dem Weg zu dem Geschäft seines Vaters war. Vergeblich fragte der Vater fünf- oder sechsmal in der lokalen Polizeistation nach dem Verbleib seines Sohnes.

Manche Personen wurden offensichtlich nur aufgrund ihrer ethnischen Abstammung festgenommen. So wurde ein junger Uigure auf einer Autofahrt zu einem Essen bei Freunden von den Protesten im Juli überrascht (*Le Monde, Blog, 14.9.2009*). Aus Sicherheitsgründen parkte er sein Fahrzeug und nahm sich ein Hotelzimmer, um ein Ende der Unruhen abzuwarten. Als er am nächsten aus dem Hotel aufbrach, um zu sich nach Hause zurückzukehren, wurde er von der Polizei festgenommen. Nach zehn Tagen gewaltsamer Verhöre und Folter beschloss die Polizei, ihn freizulassen. Da sein Körper aber zu viele Wunden aufwies, wurde er weitere vierzehn Tage in Gewahrsam gehalten, damit die Narben verheilen konnten, um die „Spuren“ der Folter zu verwischen. Seine Familie wurde nicht über seinen Verbleib informiert. Am Ende seiner Haft wurde er noch einer mehrtägigen „Umerziehung“ und Gehirnwäsche unterzogen, bis er schließlich nach einem Monat freikommt. Sein Auto behielten die Behörden beschlagnahmt. Eigentlich hatte er sich nur zum Abendessen mit Freunden treffen wollen.

Der 17 Jahre alte Noor-Ul-Islam Sherbaz wurde am 27. Juli 2009 von Polizisten auf einem Markt festgenommen, weil er an den Demonstrationen am 5. Juli teilgenommen haben soll. Seither wird er in einem Gefängnis in Urumtschi festgehalten. Seine Familie darf ihn nicht besuchen.

Nicht nur in Urumtschi und Xinjiang, sondern auch in anderen Landesteilen Chinas wurden Uiguren inhaftiert, die der Unterstützung der Demonstrationen verdächtigt werden. Alleine im November 2009 wurden nach Angaben der Behörden weitere 94 Personen festgenommen (*Associated Press, 9.12.2009*). Bis zum 9. Dezember 2009 waren bereits 41 Personen wegen ihrer Beteiligung an den Protesten vor Gericht angeklagt und verurteilt worden (*Agence France Presse, 9.12.2009*).

Bei Razzien wurden vornehmlich von Uiguren bewohnte Stadtviertel in Urumtschi systematisch durch Sicherheitskräfte durchsucht. Alle Bewohner mussten ihre Häuser verlassen und sich aufgeteilt nach Geschlecht auf der Strasse an der Hauswand aufstellen. Willkürlich wurden dabei Männer von Sicherheitskräften geschlagen, bedroht, eingeschüchtert oder gedemütigt.

3.12 Tod in der Haft

Am 6. Juli 2009 wurde Shohret Tursun aus dem Dorf Lenggar (Kreis Korgas, Bezirk Ili) in Urumtschi wegen Teilnahme an Demonstrationen verhaftet. Knapp zweieinhalb Monate später übergaben die Behörden seinen Angehörigen in seinem Heimatdorf seinen Leichnam. Er sei an einem Herzinfarkt in der Haft verstorben, wurde lapidar erklärt, als sie am 19. September der Familie die sterblichen Überreste übergaben. Aber seine Angehörigen zweifelten an einem natürlichen Tod da seine Brust zahllose blaue Flecken aufwies und an seinen Beinen und am Bauch Schnittverletzungen und Narben sichtbar waren. Die Familie ist davon überzeugt, dass er an den Folgen von Folter in der Haft starb.

Zwar hat die Volksrepublik China im Jahr 1986 die Anti-Folter Konvention der Vereinten Nationen unterzeichnet und 1988 ratifiziert, doch Folter ist in Chinas Polizeistationen und Gefängnissen noch immer weit verbreitet.

Die Angehörigen widersetzten sich der Anordnung der Behörden, den Leichnam sofort zu bestatten. Schließlich entsandten die Behörden acht Lastwagen mit Soldaten und zwei Schützenpanzer in das Dorf, um das Haus der Familie abzuschirmen und Kondolenzbesuche von anderen Dorfbewohnern zu verhindern. Schließlich drohten Soldaten sogar an, den Leichnam zwangsweise zu bestatten, sollte sich die Familie weiterhin weigern, Shohret Torsun zu beerdigen.

Zwar beugten sich die Angehörigen letztlich dem massiven Druck der Sicherheitskräfte, doch der Vater des Verstorbenen informierte den Auslandsender *Radio Free Asia* in einem Telefongespräch über den Folterverdacht. Der US-Radiosender griff den Vorwurf auf und informierte am 19. September 2009 über den mysteriösen Todesfall. Nur vier Tage später wurde der 33 Jahre alte Abdusalam Nasir festgenommen, von dessen Mobiltelefon aus die Radiostation angerufen worden war. Auch der 35-jährige Haji Memet, ein Verwandter des Verstorbenen, wurde inhaftiert. Ihnen wurde die Weitergabe von „Staatsgeheimnissen“ vorgeworfen. Ihnen drohen langjährige Haftstrafen.

4. Die Reaktion durch die chinesische Führung

4.1 Rechtsanwälte werden eingeschüchtert

Pekings städtische Justizbehörden warnten in einem im Juli 2009 versandten Rundschreiben alle Rechtsanwälte in der Stadt, vorsichtig bei der Übernahme von Rechtsvertretungen für der Teilnahme an den Unruhen in Urumtschi verdächtige Personen zu sein. Ausdrücklich forderte das Amt die Anwälte auf, die ethnische Einheit der Volksrepublik nicht zu gefährden und zu bedenken, dass die Angeklagten des Separatismus und Terrorismus verdächtigt werden (*Voice of America*, 21.7.2009 / *Associated Press*, 13.7.2009). Zudem wurde den Anwälten in dem Schreiben untersagt, Interviews gegenüber Medien zu diesen Fällen abzugeben oder sich im Internet dazu zu äußern. „Das ist ein massiver Missbrauch unseres Berufsstandes“, kritisierte der Anwalt Li Fangping, ein Han-Chinese, die Einschüchterung durch die Behörden.

„Rechtsanwälte übernehmen Rechtsvertretungen normalerweise aufgrund beruflicher Erwägungen. Nun werden uns dabei von den Behörden jedoch Vorschriften gemacht. Das ist ein großer Rückschritt für Chinas Juristen“, kritisierte der angesehene Menschenrechtsanwalt.

Das Rundschreiben war eine unverhohlene Drohung der Behörden, verdächtigen Uiguren keinen Rechtsbeistand zu leisten. Viele Juristen nahmen es sehr ernst, nachdem die Behörden erst kurz zuvor 53 Rechtsanwälten ihre Anwaltslizenz entzogen hatten, weil sie Regimekritiker in Gerichten verteidigt hatten (*Associated Press*, 17.7.2009). Auch nach den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 hatten die Justizbehörden Rechtsanwälten die Lizenz entzogen, die angeboten hatten, die Rechtsvertretung von angeklagten Tibetern zu übernehmen.

Mit Sorge hatten Anwälte auch die Äußerungen des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei in Urumtschi, Li Zhi, registriert, der in einer Pressekonferenz am 8. Juli 2009 öffentlich bekräftigte, dass diese „brutalen Kriminellen zum Tode verurteilt werden“ (*China Daily*, 8.7.2009). Solche Vorverurteilungen schürten Zweifel an der Unabhängigkeit der chinesischen Justiz.

Nur 17 Prozent der Rechtsanwälte in Ostturkestan stammten im Jahr 2007 von „ethnischen Minderheiten“ (Uiguren, Kasachen und andere) ab, obwohl diese offiziell rund 60 Prozent der Bevölkerung der Region ausmachen.

4.2 Hohe Haftstrafen für Demonstranten

Im Jahr 2009 nahm die Zahl der politisch motivierten Strafverfahren wegen „Gefährdung der staatlichen Ordnung“ in der Region Xinjiang deutlich zu, erklärte der Präsident des Obersten Gerichts von Xinjiang, Rozi Ismail, in einer Rede vor dem Volkskongress am 14. Januar 2010 (*China Daily*, 16.1.2010). Waren im Jahr 2008 nur 268 Verfahren anhängig, so waren es im Jahr 2009 bereits 437 Fälle. Mehr als 250 Uiguren seien wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu Gefängnisstrafen von mindestens zehn Jahren verurteilt worden. Rund 3.000 Menschen seien im Jahr 2009 wegen Verletzung der Strafgesetze zu Strafen zwischen fünf Jahren Haft und

Hinrichtung verurteilt worden, berichtete der Gerichtspräsident. Das starke Ansteigen der „Staats sicherheitsdelikte“ führte er vor allem auf die Unruhen vom Juli 2009 zurück.

4.3 Keine Strafverfahren vor Jubelfeiern

Als am 24. August 2009 die offizielle Tageszeitung *China Daily* über die unmittelbar bevorstehende Eröffnung von Gerichtsverfahren gegen 200 verdächtige Uiguren berichtete, beeilten sich die Behörden, diese Prozesstermine schnell zu dementieren (*Agence France Presse*, 25.8.2009). Um jeden Preis sollten vor dem 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 2009 weitere Unruhen oder Zusammenstöße zwischen Bevölkerungsgruppen verhindert werden. Neue Proteste seien aber zu befürchten, sollte es zu unfairen Gerichtsverfahren und langjährigen Gefängnisstrafen kommen.

Stattdessen besuchte Staatspräsident Hu Jintao Ende August 2009 die Unruheregion und bemühte sich, „ethnische Einheit“ zu beschwören und Normalität auszustrahlen. Der Staatspräsident hatte wegen der öffentlichen Proteste seine Teilnahme am G8-Gipfeltreffen in Italien verkürzt. Vor Soldaten bekräftigte er die Vormacht der Kommunistischen Partei und die Aussichtslosigkeit aller separatistischen Tendenzen. Keine Organisation, die die Unabhängigkeit von China anstrebe, werde erfolgreich sein, erklärte der Staatspräsident. „Der Sieg in diesem Kampf zeigt, wie groß die Macht der Partei und des Volkes ist“, sagte Hu Jintao (*Associated Press*, 26.8.2009). „Die Separatisten haben keinen Platz in den Herzen der Menschen und werden sicher scheitern.“

Aus Angst vor Terroranschlägen während der Gedenkfeiern verboten die Behörden zwischen dem 25. September und dem 8. Oktober 2009 jeden Transport von Waffen, Munition, Zündkörpern und radioaktiven Stoffen in der Region Xinjiang (*Associated Press*, 16.9.2009).

4.4 Aburteilung der Demonstranten beginnt nach Gedenkfeiern

Gut zehn Tage nach den öffentlichen Feiern zum 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik begann am 12. Oktober 2009 der erste Prozess gegen sieben mutmaßliche Teilnehmer der Demonstrationen in Urumtschi. Sechs der sieben angeklagten Uiguren (Abdulkerim Abdulwayit, Gheni Yüsüp, Abdullah Mettohti, Adil Rozi, Nurali Hoshur, Alim Metyüsüf) wurden zum Tode verurteilt, eine weitere Person zu lebenslanger Haft.

Am 14. Oktober 2009 wurden weitere 14 Uiguren angeklagt. Sechs wurden zum Tode verurteilt (unter ihnen Tohti Pazil, Ahmetjan Mömin, Anwar Akbar, Azizjan Yasin), bei drei Personen wurde die Vollstreckung des Urteils für zwei Jahre ausgesetzt. Die anderen Angeklagten müssen eine zehnjährige Haftstrafe verbüßen

Alle Gerichtsverfahren dauerten nur wenige Stunden. Faire Prozesse wurden nicht gewährleistet. Die Beschuldigten konnten ihre Rechtsanwälte nicht frei auswählen. Die Anwälte seien nicht nur nach ihrer juristischen Befähigung ausgewählt worden, sondern

auch nach ihren „guten politischen Qualitäten“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Büros für Rechtshilfe in Urumtschi, Ren Guoshen, am 9. August 2009 (*Human Rights Watch, Presseerklärung 15.10.2009*). Öffentlichen Anhörungen im Vorfeld der Prozesse fanden - entgegen dem Gesetz - nicht statt. Darüber hinaus wurden die Verfahren nicht öffentlich angekündigt. Durch die Einmischung von Politikern wurde die Unabhängigkeit der Justiz massiv beeinträchtigt und de facto bereits eine Vorverurteilung ausgesprochen. Für diese Gerichtsverfahren wurden Richter ausgewählt, die politisch das besondere Vertrauen der Kommunistischen Partei genießen. So erklärte der Präsident des Obersten Gerichts von Xinjiang am 16. Juli 2009, für die Verfahren würde politisch besonders qualifiziertes Personal aus der gesamten Region zusammengezogen. Dies verletzt Grundregeln eines fairen Gerichtsverfahrens, das ein „unabhängiges und unparteiisches Gericht“ vorschreibt. Die an den Prozessen beteiligten Juristen wurden einer besonderen Schulung durch das Parteikomitee am Obersten Gericht unterzogen. Dabei wurde ihnen auch eine *Propaganda-Schrift über die Wahrheit des Zwischenfalls vom 5. Juli in Urumtschi* der Kommunistischen Partei überreicht, die Funktionären, Polizisten und Juristen vermitteln sollte, wie regionale und nationale Parteikader die Unruhen deuten.

Uigurische Richter, die ursprünglich an den Prozessen mitwirken sollten, seien durch Han-Chinesen ersetzt worden, da die Behörden aufgrund ihrer ethnischen Abstammung befürchteten, sie könnten für die Angeklagten Partei ergreifen, berichtete die Hongkonger Tageszeitung *Apple Daily* am 13. Oktober 2009.

Am 23. Oktober 2009 wurden 18 Uiguren wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ und „Separatismus“ zu Gefängnisstrafen zwischen drei und fünfzehn Jahren verurteilt. Abbas Zunun, Abaydullam Tohti und Abdulla Ibrahim wurden zu jeweils fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Gegen den Uiguren Ghayat Mollayasin wurde eine lebenslange Haftstrafe ausgesprochen, weil er als „Rädelsführer“ eingestuft wurde (*Agence France Presse, 30.10.2009*).

Die US-Regierung forderte am 9. November 2009 die chinesische Regierung auf, faire und transparente Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten in Xinjiang zu garantieren und internationale Rechtsstandards in den Prozessen zu beachten (*Agence France Presse, 10.11.2009*). Die Behörden in Peking sahen jedoch keinen Handlungsbedarf und behaupten, dass alle Gerichtsverfahren rechtlich einwandfrei seien.

Am 3. Dezember 2009 gab das Mittlere Volksgericht von Urumtschi bekannt, dass die fünf Uiguren Memet Tursun Helim, Memeteli Abdukerim, Helil Sadir, Memeteli Islam und Kushman Kurban zum Tode verurteilt worden seien. Gegen zwei Personen wurden lebenslange Haftstrafen verhängt, weitere sechs Uiguren müssen längere Gefängnisstrafen verbüßen (*Uyghur American Association, 3.12.2009*).

Weitere drei Todesurteile wurden einen Tag später, am 4. Dezember 2009, gefällt. Einer dieser Todeskandidaten schien ein Han-Chinese zu sein, dem vorgeworfen wurde, aus Rache einen Uiguren bei einer Gegendemonstration getötet zu haben (*New York Times, 4.12.2009*). Außerdem wurde ein Uigure in diesem Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, drei weitere Personen wurden zu Haftstrafen verurteilt (*CNN, 7.12.2009*).

Vier weitere Personen wurden am 25. Januar 2010 wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen zum Tode verurteilt. Gegen einen Uiguren wurde ein Todesurteil verhängt mit

zweijähriger aufschiebender Wirkung. Zumeist wurden solchen Strafen später in lebenslange Haft umgewandelt. Darüber hinaus wurden am 25. Januar auch gegen acht Uiguren lebenslange Gefängnisstrafen verhängt (*BBC*, 26.1.2010).

Bis Ende Anfang März 2010 wurden 197 Uiguren wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Unruhen vor Gericht verurteilt, erklärte der Vorsitzende der Regionalregierung, Nur Bekri (*China Daily*, 7.3.2010). Gegen mindestens 34 Uiguren wurden Todesurteile verhängt. Acht Todesurteile gegen Uiguren und eine Höchststrafe gegen einen Han-Chinesen wurden bis Anfang November 2009 bereits vollstreckt.

4.5 China verstärkt Sicherheitsapparat in Xinjiang



Photo: www.erkv.org

Auch Tage nach den Unruhen in Xinjiang wurden Han-Chinesen und Uiguren von den Sicherheitskräften unterschiedlich behandelt. Die Angehörigen der muslimischen Volksgruppe schienen unter einem Generalverdacht zu stehen. Privatfahrzeuge, in denen sich keine Uiguren befanden, wurden an den zahlreichen Straßensperren der Sicherheitskräfte nach kurzer Ausweiskontrolle vorbei gewunken, Autos mit uigurischen Fahrern oder Passagieren hingegen mit Maschinenpistole im Anschlag umfassend kontrolliert (*Financial Times*, 19.7.2009). An allen Ausfallstraßen der Stadt wurden Straßensperren errichtet. Chinesische Sicherheitsexperten betonten, dass Verdächtige vielleicht anfangs unerkannt die Stadt verlassen konnten, aber langfristig aufgrund des engen Sicherheitsnetzes gefasst würden.

Schon im Vorfeld der Unruhen in Urumtschi wurde die patriotische Umerziehung unter Studenten verstärkt. So erhielten im Bereich Hotan 300.000 Menschen im Rahmen einer Umerziehungskampagne politischen Schulungsunterricht (*US Congressional-*

Executive Commission on China, 24.6.2009). Um den Patriotismus an Schulen und Universitäten zu fördern, wurden Lehrer aufgefordert, die Studenten während der Ferien zu Hause aufzusuchen. Studenten wurden verpflichtet, auch während der Ferien mindestens zweimal im Monat den Campus zu besuchen. Die Studenten sollten bestimmte Aufträge ausführen, um die „ethnische Einheit“ zu fördern. Die Kommunistische Partei verkündete stolz, dass an mehr als 95 Prozent der Bevölkerung Xinjiangs Propaganda-Material zur Förderung des Patriotismus verteilt worden sei (*Xinjiang Daily, 8.2.2009*).

Nach den Unruhen in Urumtschi wurden 31 Sonderpolizei-Einheiten aus 31 Städten in ganz China mit 37 gecharterten Flugzeugen in die Provinzhauptstadt der Unruheregion gebracht (*China Daily, 18.8.2009*). Einige der Einheiten waren bereits an der Niederschlagung der Proteste in Tibet im Frühjahr 2008 beteiligt gewesen. Zwischen dem 5. und 10. Juli 2009 zogen die Behörden mehr als 20.000 Bewaffnete in Urumtschi zusammen.

Die chinesischen Behörden befürchteten im Juli 2009 ein Übergreifen der Proteste auf die im äußersten Westen Chinas gelegene uigurische Stadt Kashgar. Von acht großen Lautsprecherwagen aus, die in der Stadt patrouillieren, riefen die Sicherheitskräfte daher zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung auf (*China Global Times, 9.7.2009*). Geschäfte wurden auf Anordnung der Behörden besonders gegen Plünderer gesichert.

Statt den Polizeichef Xinjiangs wegen des selektiven Vorgehens der Sicherheitskräfte bei den Unruhen und wegen des ungeklärten Todes von uigurischen Zivilisten juristisch zur Rechenschaft zu ziehen, wurde Dai Sujun am 12. August 2009 zum stellvertretenden Chef der Nationalen Polizeikräfte beim Staatsrat und der Zentralen Militärkommission ernannt. Der 54 Jahre alte Han-Chinese war erst im November 2008 zum Polizeichef in Xinjiang bestimmt worden (*Agence France Presse, 14.8.2009*).

Angesichts der Proteste der Bevölkerung gegen unzureichende Sicherheit beschloss China im September 2009, rund 7.000 Beamte als „Harmonie-Stifter“ nach Urumtschi zu entsenden (*CNN, 8.9.2009*). Die Beamten sollten von Tür zu Tür gehen, um die Politik der Regierung zu erklären und Konflikte zu lösen.

Im Vorfeld der Feiern zum 60. Gründungstag der Volksrepublik am 1. Oktober 2009 wurde die Zahl der bewaffneten Sicherheitskräfte im Nordwesten Chinas auf 130.000 erhöht (*Financial Times, 19.7.2009*).

Als Folge der Unruhen wird China in diesem Jahr nahezu doppelt so viel Geld in den Sicherheitsapparat in Xinjiang investieren wie im Vorjahr. Die Behörden kündigten an, dass die Ausgaben für öffentliche Sicherheit um 88 Prozent auf 423 Millionen US-Dollars gesteigert würden (*China Daily, 13.1.2010*). 5.000 neue Sicherheitskräfte sollten nach einem strengen Auswahlverfahren eingestellt werden. Sie sollen als Beamte dem Büro für Öffentliche Sicherheit unterstehen und in der gesamten Region zum Einsatz kommen, um den Ausbruch neuer Unruhen zu verhindern (*ANI, 4.2.2010*). Ab Ende März 2010 sollen sie nach einem einmonatigen Sondertraining gemeinsam mit Polizisten aus anderen Provinzen auf Streife gehen. Die ersten 2.360 neuen Polizeibeamten nahmen Anfang Februar 2010 ihr Training auf.

Xinjiang überarbeitet seine Sicherheitsstrategie und führt zum 1. Februar 2010 neue „Regeln zum Umfassenden Management der Sozialen Sicherheit“ ein (*Xinhua*, 6.1.2010). Die Vorschriften sehen vor, dass dem Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus und gegen andere Verbrechen, die die nationale Sicherheit bedrohen, absoluter Vorrang gegeben werden müsse.

Der Bürgermeister von Urumtschi, Jerla Isamudinhe, erklärte im Februar 2010, es könne Jahre dauern, bis der Kampf gegen den Separatismus gewonnen sei und die Folgen der Auseinandersetzungen in der Stadt bewältigt seien (*Agence France Presse*, 5.2.2010). „Wir müssen wachsam und rücksichtslos sein in unserem Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Wir müssen alle Sabotageversuche und -aktivitäten bereits im Keime ersticken“, erklärte er.

4.6 „Schlag hart zu“ - Kampagne wird verstärkt

„Die Ausschreitungen sind weder ein ethnisches noch ein religiöses Problem und noch weniger eine Menschenrechtsfrage“, erklärte Nur Bekri, der Vorsitzende der lokalen Regierung, am 25. Juli 2009 vor Stadtverordneten. „Es ist ein politischer Kampf zwischen uns und den feindlichen Kräften, bei dem es darum geht, die nationale Einheit zu bewahren, ethnische Zersplitterung zu verhindern, das sozialistische System zu erhalten, den Einfluss der Partei zu bewahren und entscheidende nationale Interessen zu schützen.“ Der hohe Parteifunktionär bekräftigte nochmals seine Entschlossenheit, gegen alle Feinde der Partei und der nationalen Einheit vorzugehen: „Wir werden an unserer Politik der ‚Präventivschläge‘ gegen Feinde mit eiserner Faust festhalten, um gewaltsame Kriminalität einzudämmen“ (*Xinhua*, 25.7.2009). Die Unruhen in Urumtschi seien vorsätzlich angestiftet worden, um die „ethnische Einheit und die soziale Stabilität“ in der Region zu gefährden und das Land zu spalten.

Mehrere zehntausend Uiguren wurden seit Beginn der „Schlag hart zu“ - Kampagnen im Jahr 1997 bereits von den Behörden festgenommen. Viele wurden im Gefängnis unter Folter zur Unterzeichnung von Geständnissen gezwungen. Mehr als 500 Uiguren wurden aus politischen Gründen seit 1997 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Am 18. September 2009 kündigte die Kommunistische Partei auf einer Tagung ihres Zentralkomitees an, sie werde den Kampf gegen „ethnische Separatisten“ verschärfen (*Agence France Presse*, 18.9.2009). Am 1. November 2009 begannen die Sicherheitsbehörden mit einer neuen „Schlag hart zu“ - Kampagne, die bis zum Jahresende dauern sollte. Gezielt wollte sie dabei gegen „terroristische Elemente“ und gegen so genannte „Rädelsführer“ der Proteste in Urumtschi vorgehen (*New York Times*, 3.11.2009). Die Kampagnen führten meist zu einer Zunahme von Sammelverfahren vor Gericht, ein Herabsinken der Schwelle für Verhaftungen und Verurteilungen und dazu, dass die juristischen Vorgaben für faire Ermittlungen und Gerichtsverfahren noch weniger beachtet wurden. Für alle Sicherheitskräfte zählte in dieser Zeit vor allem, möglichst viele Festnahmen und Verurteilungen zu erreichen, um der politischen Führung des Landes eine ansehnliche „Erfolgsquote“ präsentieren zu können.

4.7 Mysteriöse Nadel-Angriffe verunsichern Bevölkerung

Für Aufsehen sorgten Anfang September 2009 Berichte über geheimnisvolle Nadel-Attacken auf beliebige Menschen in den Straßen verschiedener Städte in Ostturkestan. Bis zum 9. September erhielten die Behörden Berichte über 531 Nadel-Angriffe, obwohl nur 171 Personen nach Auskunft von Ärzten Einstiche von Nadeln aufwiesen (*Agence France Presse, 9.9.2009 / BBC, 11.9.2009*). Ärzte warnten vor einer Massenhysterie. Bis zum 15. September 2009 werden 75 Personen festgenommen, die verdächtigt wurden, für 19 Angriffe in Urumtschi und für 13 Attacken in Hotan verantwortlich zu sein (*Reuters, 15.9.2009*)

Ein Polizeioffizier wies darauf hin, dass es sich bei den Einstichverletzungen nicht um einen schlechten Scherz oder um einfache Strafdelikte handele, sondern um „terroristische Verbrechen“ (*Xinhua, 9.9.2009*). Staatliche Medien berichteten, dass die Täter mit Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu langjährigen Haft oder mit einer Verurteilung zum Tode rechnen könnten (*BBC, 6.9.2009*). Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Meng Jianzhu, sah in den Angriffen sogar den Versuch, die „ethnische Einheit“ Chinas zu untergraben (*Radio Free Asia, 4.9.2009*).

Die meisten Opfer waren Han-Chinesen; aber auch Uiguren, Kasachen, Mongolen und Angehörige anderer ethnischer Gruppen waren unter den Verletzten. Alle von der Polizei ermittelten Verdächtigen waren Uiguren. Die Polizei setzte eine Belohnung von 735 US-Dollar aus, um mehr Informationen über die seltsamen Angriffe zu bekommen.

Die Nadel-Angriffe ließen den Tourismus noch weiter einbrechen. Ansonsten ausgebuchte Hotels konnten nur zehn Prozent ihrer Betten belegen (*Associated Press, 9.9.2009*). Der Tourismus stellt einen bedeutenden Wirtschaftszweig Ostturkestans dar: Im Jahr 2006 besuchten 17 Millionen Urlauber den Nordwesten des Landes und bescherten der Region Einnahmen in der Höhe von zwei Milliarden US-Dollar.

Aufgrund der Nadel-Angriffe verhängten die Behörden in Urumtschi sogar eine nächtliche Ausgangssperre in der Innenstadt, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Straßensperren riegelten die meisten von Uiguren bewohnten Stadtviertel ab.

Ärzte der Volksbefreiungsarmee wiesen darauf hin, dass viele der Patienten, die bei ihnen wegen Nadeleinstichen Hilfe suchten, tatsächlich nicht mit Nadeln gestochen wurden, sondern voraussichtlich unter Insekten- oder Moskitostichen litten (*CNN, 5.9.2009*). Die Ärzte versicherten der Bevölkerung, Blutproben von Opfern der Nadelstiche hätten ergeben, dass keine giftige oder radioaktive Substanz gespritzt worden sei (*Agence France Presse, 14.9.2009*).

4.8 Demonstranten fordern Ablösung von Parteifunktionären

Mehr als 10.000 Han-Chinesen demonstrierten am 3. September 2010 gegen die Nadel-Angriffe und forderten mehr Sicherheit für chinesische Zuwanderer (*BBC*, 4.9.2009). Nach offiziellen Angaben wurden mindestens fünf Personen bei den Protesten getötet und 14 Menschen verletzt. Auch in den folgenden Tagen protestierten tausende Han-Chinesen gegen die Führung der Kommunistischen Partei und fordern ihren Rücktritt „Tritt zurück Wang Lequan, die Regierung ist nutzlos“, rufen die Demonstranten im Chor. Wang Lequan ist der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Xinjiang. Als er versuchte, zu der protestierenden Menge zu sprechen, wurde er mit Flaschen beworfen.

Chinas Behörden hatten mit weiteren Protesten von Uiguren gerechnet, jedoch nicht mit wütenden Protesten von Han-Chinesen. Sie zeigten, wie groß der Autoritätsverlust für die Kommunistische Partei auch unter der von ihr geförderten Gruppe der chinesischen Zuwanderer ist. Nur wenige Tage nach dem Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao in Xinjiang, bei dem er sich bemühte, ein harmonisches Bild von den Verhältnissen in der Region zu zeichnen, wurden Spannungen zwischen den großen Bevölkerungsgruppen Ostturkestans überdeutlich. Zehntausende Polizisten und Soldaten wurden während der Demonstrationen eingesetzt, um unter Einsatz von Tränengas Auseinandersetzungen zwischen Han-Chinesen und Uiguren sowie eine Erstürmung von Regierungseinrichtungen durch Demonstranten zu verhindern. Nur halbherzig schützten die Sicherheitskräfte Uiguren, die dementsprechend mehrfach Opfer von Übergriffen wurden. Aus Angst vor weiteren Zusammenstößen wurden die Schulen für drei Tage geschlossen und die Bevölkerung aufgefordert, die öffentliche Ordnung zu beachten und sich nicht in den Straßen aufzuhalten (*Daily Telegraph*, 4.9.2009 / *Agence France Presse*, 3.9.2009).

Nach dreitägigen Protesten musste schließlich nicht der Parteichef der Region, sondern der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in der Stadt Urumtschi, Li Zhi, sein Amt aufgeben. Doch auch der regionale Parteichef Wang Lequan gilt seither als politisch angeschlagen und muss um den Verlust seines Amtes fürchten. Wang Lequan stammt aus der Provinz Shandong. Während der Zeit der Kulturrevolution (1966-1976) wurde er politisch geformt. Im Jahr 1989 wurde er zum stellvertretenden Gouverneur seiner Heimatprovinz ernannt. Seit 1991 lebt er in Xinjiang und übernahm dort 1994 als Sekretär der Kommunistischen Partei eine verantwortungsvolle Aufgabe. Seit über fünfzehn Jahren bestimmt er als „starker Mann“ die Geschicke der Autonomen Region Xinjiang.

Am 15. Januar 2010 wurde schließlich auch Liu Yaohua, der stellvertretende Vorsitzende des Xinjiang -Komitees der „Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“ seines Amtes enthoben. Die Konferenz ist ein bedeutendes Beratungsorgan in der chinesischen Politik. Außerdem verlor er seinen Sitz im Regionalkomitee von Xinjiang (*Xinhua*, 16.2.2010).

4.9 Verbreitung von Gerüchten wird streng bestraft

Als auf dem Höhepunkt der der Nadel-Angriffe Gerüchte bekannt wurden, Aids-Infizierte würden vorsätzlich Passanten mit unsauberen Nadeln anstecken, drohte die Polizei eine harte Bestrafung für die Verbreitung von Gerüchten an. Wer wissentlich falsche Gerüchte verbreite, könne mit fünf Jahren Haft bestraft werden, erklärte die Polizei (*The Christian Science Monitor*, 7.9.2009). Das Aids-Gerücht erwies sich später als falsch.

Die ungezügelten, immer absurderen Gerüchte sind aber auch eine direkte Folge der staatlichen Zensur der Medien und des Internets. Da es für die normale Bevölkerung keine Möglichkeit gibt, sich glaubwürdig und umfassend über das aktuelle Geschehen zu informieren und sich selber eine persönliche Meinung zu bilden, hat die Verbreitung von Gerüchten in China Hochkonjunktur. Die chinesischen Behörden fördern mit ihrem oft wenig transparenten Verhalten die Entstehung von Gerüchten. Die Behörden in Urumtschi zum Beispiel schürten die Angst der Bewohner vor neuen Ausschreitungen, als die Stadtverwaltung Anfang September 2009 die Schließung der Geschäfte anordnete (*Radio Free Asia*, 7.9.2009).

4.10 Rolle uigurischer Frauen verändert sich

Angesichts der Verhaftung hunderter Männer in Ostturkestan veränderte sich die Rolle uigurischer Frauen. Die jüngsten öffentlichen Proteste von Frauen, die die Freilassung ihrer festgenommenen Ehemänner und Söhne forderten, machten deutlich, dass sich der Platz der Frauen in der uigurischen Gesellschaft verändert. Frauen nehmen heute in der Öffentlichkeit mehr Raum ein. Sie verlangen nicht nur in deutlichen Worten Gerechtigkeit, sondern auch einen würdevollen Umgang mit der gesamten Bevölkerungsgruppe.



Photo: www.erktv.org

Die Uigurin Tursun Gul stellte sich gemeinsam mit anderen Frauen am 7. Juli 2009 bei einer Demonstration in Urumtschi Bereitschaftspolizisten entgegen, die mit Mannschaftswagen anrückten. Die Mutter von zwei Kindern leistete unerschrocken friedlichen Widerstand. „Mein Ehemann, mein jüngerer Bruder und meine älteren Brüder, fünf insgesamt, alle sind sie verhaftet worden“, erklärt Tursun Gul. „Wir waren beim Essen, als es passierte. Die Polizei kam und nahm sie mit und sie kamen niemals zurück. Ich weiß nicht, warum sie sie mitgenommen haben“ (*Radio Free Asia*, 21.8.2009).

Frauen treten in der Öffentlichkeit selbstbewusster auf und fordern Bürgerrechte ein. Im März 2008 protestierten rund 600 Frauen in der Stadt Hotan gegen das Verbot der Behörden, den Schleier zu tragen. Die Behörden ignorierten den Protest und verpflichteten Frauen, die sich als muslimische Trauerfrauen ausbilden lassen, weder einen Schleier, noch lange Kleider zu tragen oder religiöse Schriften vorzutragen. Die als „Buwi“ bezeichneten Frauen begleiten und gestalten traditionell Bestattungen nach muslimischem Glauben.

4.11 Chinas Zensoren lernen aus Tibet-Desaster

Als Tibet im Frühjahr 2008 seine schwersten Unruhen seit Jahrzehnten erlebte, wirkten Chinas Machthaber wochenlang wie gelähmt. Vergeblich mühten sie sich, die Unruheregion von der Außenwelt hermetisch abzuriegeln und jeden Informationsfluss zu unterbinden. Trotz massiver Einreisebeschränkungen für ausländische und chinesische Journalisten gelangten immer wieder Fotos und Augenzeugenberichte über neue Demonstrationen ins Ausland und machten Schlagzeilen in der Weltpresse. Die kritischen Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen, die wenige Monate vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking weltweit auf großes Interesse stießen, schaden dem Ansehen der Volksrepublik nachhaltig.

Chinas Zensoren haben bei den Unruhen in Urumtschi zumindest von einigen Fehlern aus dem Vorjahr gelernt. Statt wochenlang ausländische Journalisten auszusperrern und ihnen jeden Zugang zu der Unruheregion zu verwehren, luden die chinesischen Behörden nur zwei Tage nach Ausbruch der Unruhen 60 ausländische Journalisten und zahlreiche chinesische Medienvertreter zu einem Besuch Urumtschis mit offizieller Begleitung ein (*Xinhua*, 8.7.2009). Niemand sollte daraus jedoch den Schluss ziehen, dass die Volksrepublik ihre Zensurbestimmungen gelockert habe und eine unabhängigere Berichterstattung gestatte.

Das Kalkül der offiziellen Meinungsmacher war offensichtlich: Der Welt sollte gezeigt werden, dass Han-Chinesen wehrlose Opfer mordender und brandschatzender Uiguren seien, und sich Chinas Sicherheitskräfte im Rahmen der Rechstaatlichkeit um die Herstellung von Ruhe und Ordnung sowie um einen Schutz gejagter Han-Chinesen bemühten. Auf diese Weise sollte im Ausland die Medienberichterstattung über die Lage der Uiguren im Sinne der chinesischen Regierung korrigiert werden. Chinas Behörden kritisieren die westliche Berichterstattung seit Jahren als einseitig. Im Inland versprach sich Peking von schockierenden Bildern verletzter Han-Chinesen eine Stärkung der nationalen Einheit und der Solidarität der Mehrheitsbevölkerung. Polizei, Armee und Kommunistische Partei sollten als Garanten des Schutzes der bedeutendsten

Bevölkerungsgruppe sowie von Sicherheit und Ordnung in der Volksrepublik präsentiert werden.

Aber nicht einmal in Xinjiang waren die Han-Chinesen bereit, dieser Botschaft Glauben zu schenken. Die Demonstrationen zehntausender aufgebracht Bürger im September 2009 machten deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger kein Vertrauen mehr in die Sicherheitskräfte und die Kommunistische Partei haben. Zudem verdeutlichten die Proteste, wie schlecht es um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Nordwestchina steht.

4.12 Zensoren unterdrücken kritische Nachrichten

Trotz des Besuches ausländischer Journalisten in Urumtschi sind Chinas Behörden noch weit davon entfernt, eine freie Medienberichterstattung über die Lage der Uiguren zuzulassen. So werden ausländische Medienvertreter intensiv von Sicherheitskräften begleitet und mehrfach daran gehindert, Uiguren zu interviewen. Journalisten berichten, sie seien unverzüglich in ihr Hotel gebracht worden, als sie auf der Strasse Fotos machen wollten (*China Clings to Control, Press Freedom in 2009, International Federation of Journalists, Bericht, S. 20*). Die kanadische Journalistin Heidi Siu von *Radio Free Asia* wurde am 10. Juli 2009 für zwei Tage in ihrem Hotel festgehalten, nachdem sie Sicherheitskräfte in Urumtschi bei der Durchsuchung von Verdächtigen gefilmt hatte. Sie wurde de facto unter Hausarrest gestellt und verließ Urumtschi unter Bewachung durch Sicherheitskräfte. Freigelassen wurde Siu nur, nachdem sie in einer schriftlichen Erklärung „Selbstkritik“ geübt hatte. Zwar erhielt sie ihre beschlagnahmte Kamera und ihren Laptop zurück, doch die Speicherkarte mit den von ihr gemachten Fotos wurde einbehalten. In der Stadt Kashgar wurden am gleichen Tag die Fotografin Elizabeth Dalziel von *Associated Press* und zwei Reporter von *Agence France Presse* festgenommen. Sie werden aus der Region ausgewiesen.

Der Fall von drei Hongkonger Fernseh-Journalisten, die am 4. September 2009 in Urumtschi festgenommen und in der Haft geschlagen, getreten und an den Händen gefesselt wurden, erregte weltweit Aufsehen und Proteste von Journalistenverbänden (*IFEX, 16.9.2009*).

Fünf weitere Hongkonger Journalisten wurden am selben Tag kurzzeitig verhaftet. Von einem Fernsehteam von *Associated Press*, das eine Demonstration filmte, wurde die Kamera beschlagnahmt und erst fünf Stunden später zurückgegeben. Der Hongkonger Journalistenverband warf den Behörden vor, Pressefreiheit mit Füßen zu treten.

Noch massiver gingen die Zensoren mit chinesischen Medienvertretern um. Die Behörden erließen zwischen Ende Juni und Mitte August 2009 mindestens sieben Anordnungen für die nationalen Medien, die eine unabhängige Berichterstattung über die Lage der Uiguren unmöglich machten. So wurden die Medien am 26. Juni aufgefordert, nur offizielle Informationen über die Ausschreitungen in der Fabrik in Shaoguan zu veröffentlichen. Die Medien wurden davon abgehalten, Korrespondenten zu der Fabrik entsenden, um über die Übergriffe zu berichten.

Am 27. Juni bekräftigen die Zensurbehörden nochmals, dass keine Journalisten in Shaoguan Recherchen und Interviews machen dürften. Allenfalls Kurznachrichten sollten über die Ausschreitungen und Todesfälle veröffentlicht werden.

Am 28. Juni wurde angeordnet, dass nur die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* und die Webseite *Southern.cn* über die Zwischenfälle in Shaoguan berichten dürften. Keine anderen Medien durften deren Berichte veröffentlichen.

Noch massiver wurden die Eingriffe in die Pressefreiheit am 6. Juli 2009, als die Behörden festlegten, dass ausschließlich *Xinhua* über die Auseinandersetzungen in Urumtschi und über den Konflikt in Shaoguan berichten dürfe. Die Behörden ordneten an, keine chinesischen Journalisten nach Xinjiang zu entsenden.

Am 11. Juli wurden die Medien aufgefordert, nur über die Zahl der Opfer der Unruhen in Urumtschi zu informieren, nicht jedoch über die Hintergründe und Ursachen des Aufbegehrens der Bevölkerung. Medien, die nicht ausschließlich Material von *Xinhua* nutzen, wurden seitens der Zensurbehörden harte Strafen angedroht.

Am 15. August wurden die chinesischen Medien angewiesen, einen Artikel aus *China Daily* nicht abzudrucken, in dem angekündigt wurde, dass erste Gerichtsverfahren gegen Demonstranten in Urumtschi unmittelbar bevorstünden. Der umstrittene Bericht war offensichtlich ohne Zustimmung höherer Parteikader veröffentlicht worden. Die Partei befürchtete, der Bericht könne im Vorfeld der Gedenkfeiern zum 60-jährigen Bestehen der Volksrepublik neue Unruhen schüren. Außerdem ordneten die Zensoren an, dass offiziell nicht bestätigte Informationen über terroristische Organisationen nicht veröffentlicht werden dürften.

Besonders schwierig waren die Arbeitsbedingungen für uigurische Medienvertreter. So wurde der Journalist Hailaite Niyazi am 1. Oktober 2009 festgenommen. Der frühere Manager der Webseite *Uighurbiz.net* des kritischen Wirtschaftsprofessors Ilham Tohti wurde nach den Unruhen für mehr als einen Monat von den Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen, ohne jemals formell angeklagt zu werden. Nach seiner erneuten Festnahme Anfang Oktober drohte ihm wegen „Gefährdung der Staatssicherheit eine langjährige Gefängnisstrafe (*Associated Press*, 30.10.2009). Seine Frau vermutete, er sei wegen seiner zahlreichen Interviews mit ausländischen Medien festgenommen worden.

In den staatlichen Medien wurde einseitig über die Proteste in Urumtschi berichtet. *Xinhua* und das staatliche Fernsehen CCTV zeigten Bilder von geschlagenen und verletzten Han-Chinesen. Ausführlich wurden chinesische Zuwanderer in Xinjiang interviewt und nach ihren schrecklichen Erlebnissen befragt. Diese Berichterstattung wäre nicht problematisch gewesen, wenn zugleich auch über die Ursachen des Protests der Uiguren berichtet und auch Bilder der Hetzjagden auf Uiguren in der Spielzeugfabrik in Shaoguan gezeigt worden wären. Aber eine ausgewogene Berichterstattung fand nicht statt. Selbst liberale Tageszeitungen wie das *Southern Weekend* veröffentlichten massive Anschuldigungen gegen die uigurische Menschenrechtlerin und Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, Rebiya Kadeer.

4.13 Zensoren blockieren Internet

Mehr als sieben Monate lang blieb in Xinjiang nach dem Ausbruch der Unruhen der Zugang zum Internet, zu sozialen Netzwerken sowie das Versenden von Textnachrichten gesperrt. Auch *Twitter*, *You Tube*, *Facebook*, *MSN* und das in China besonders beliebte *Tencent QQ* waren von den Zwangsmassnahmen betroffen. Begründet wurde die Blockade von den Behörden mit dem vermeintlichen Missbrauch dieser Netze und des Internets durch „Separatisten, Terroristen und Extremisten“ (*China Daily*, 16.1.2010). Eine absurde Rechtfertigung für diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte, denn weder im Irak, noch in Afghanistan wären die Behörden auf die Idee gekommen, das Land vom Internet abzukoppeln, nur weil oppositionelle Gruppen es zum Versenden von e-Mails nutzen.

In Wahrheit fürchten Chinas Machthaber das Internet sowohl als Informations- als auch als Mobilisierungsmedium. Zu groß ist die Angst der Zensurbehörden vor einer ähnlichen Entwicklung wie in Burma, wo Anhänger der Demokratiebewegung mit Textnachrichten und dem Versenden von Fotos ins Ausland weltweite Aufmerksamkeit auf die katastrophale Menschenrechtslage lenkten. Von den 340 Millionen Internetnutzern in China greifen 124 Millionen Menschen regelmäßig auf soziale Netzwerke zurück.

Führer der Kommunistischen Partei in Ostturkestan warfen einigen uigurischen Homepages vor, die Unruhen mit geschürt zu haben. Das Regionalparlament Xinjiangs verabschiedete daraufhin ein Gesetz, das verbietet, das Internet zu nutzen, um eine Loslösung der Region von China zu fördern. Rund einhundert uigurische Homepages, Foren und Blogs wurden von den Behörden nach dem Beginn der Demonstrationen geschlossen. Rund 85 Prozent aller uigurischen Homepages in englischer, uigurischer oder chinesischer Sprache wurden in Xinjiang gesperrt, zensiert oder aus sonstigen Gründen nicht aufrufbar, wie die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ in einer am 29. Oktober 2009 veröffentlichten Studie feststellte (*Radio Free Asia*, 15.12.2009). Nur einige Dutzend der chinesischen Regierung nahestehende uigurische Homepages blieben öffentlich zugänglich.

Um den Internetsperren zu entgehen, reisten viele Uiguren und in Ostturkestan lebende Ausländer mehr als eintausend Kilometer weit in benachbarte Provinzen, um dort Zugang zum Internet zu bekommen. Viele Geschäftsleute verlegten ihren Arbeitsplatz in Nachbarprovinzen, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Von den mehr als 600 Internet-Cafes in der Region mussten viele aus wirtschaftlichen Gründen schließen.

Dilixiati Paerhati, der Betreiber der uigurischen Webseite *diyirim.com*, wurde am 24. Juli 2009 von der Polizei zum Verhör vorgeladen. Seine Webseite war am 6. Juli gesperrt worden. Die Sicherheitskräfte verdächtigten ihn, an den Unruhen in Urumtschi beteiligt gewesen zu sein. Als er nach dem Verhör die Polizeiwache verließ, versicherte man ihm, er brauche sich keine Sorgen um sein Wohlergehen zu machen. Am 7. August wurde er aus seiner Wohnung abgeholt. Seither fehlt jede Spur von ihm.

Ähnlich war es dem bereits erwähnten Ilham Tohti ergangen. Der Betreiber der angesehenen uigurischen Webseite *uighurbiz.net* wurde am 8. Juli 2009 in seiner Wohnung festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Zuvor hatte man

dem Wirtschaftsprofessor an der Pekinger Universität der Nationalitäten vorgeworfen, Beiträge auf seiner Webseite hätten Gewalt geschürt. Zwei Tage vor seiner Festnahme hatte Nur Bekri, der Vorsitzende der Regionalregierung Xinjiangs, Tohti öffentlich beschuldigt, mit seiner Webseite *Uighur Online* die muslimische Bevölkerungsgruppe zu den Demonstrationen ermutigt zu haben.

Uighur Online ist ein Blog über die Lage der Uiguren in chinesischer Sprache. Für viele Han-Chinesen ist es eine der bedeutendsten Informationsquellen über die heutige Situation der Nationalität und ihre Kultur. Tohti bemüht sich seit langem um mehr Kontakte zur chinesischen Mehrheitsbevölkerung und hat mit seinen Webseiten für mehr Verständnis zwischen den Bevölkerungsgruppen geschaffen. Nur Bekri hatte dem Professor nie verziehen, dass Tohti ihn im März 2009 für unfähig erklärte und ihm den Rücktritt von seinen Ämtern empfahl. Der Blogger warf der Regionalregierung damals vor, systematisch Gesetze und Verordnungen zu missachten, die in Peking verabschiedet wurden. Tohti prophezeite der Region massive ethnische Spannungen und Unruhen, sollte die Regierung in Urumtschi weiterhin chinesisches Recht ignorieren. Mit solchen klaren Äußerungen machte sich der Professor bei den lokalen Parteikadern nicht beliebt. Seine Verhaftung kam daher nicht überraschend.

Doch Tohti ließ sich nicht einschüchtern. Vier Monate vor seiner Verhaftung erklärte er einem Radio-Interview, es sei zu befürchten, dass er irgendwann festgenommen werde: „Natürlich bin ich besorgt, aber ich habe nichts gesagt, was chinesisches Recht verletzt. Wenn sie mich ins Gefängnis werfen, dann bin ich dazu bereit. Ich habe so viele Jahre vor einem Computer gesessen - die Haft würde mir Gelegenheit geben, mehr Sport zu treiben und Gewicht abzunehmen“ (*New York Times*, 15.7.2009).

Innerhalb weniger Tage nach seiner Festnahme wandten sich der chinesische Autor Wang Lixiong und seine tibetische Frau, die Schriftstellerin Tsering Woesser, mit einem öffentlichen Appell für seine Freilassung an die chinesische Regierung. Auch US-Staatspräsident Barack Obama setzte sich im Vorfeld seines China-Besuches für die Freilassung des prominenten Bloggers ein. Schließlich wurde der 39 Jahre alte Professor am 23. August 2009 aus der Haft entlassen. Die Sicherheitskräfte warnten ihn jedoch vor einer erneuten Festnahme, sollte er sich weiterhin zu politischen Fragen äußern. Erst Ende Dezember 2009 entschied die Lokalregierung, schrittweise wieder den Zugriff auf die gesperrten Homepages zu ermöglichen. Am 7. Februar 2010 wurde der Zugang zu 27 gesperrten Seiten wiederhergestellt. Dabei handelt es sich vor allem Seiten von Regierungseinrichtungen sowie von Firmen (*Agence France Presse*, 7.2.2010).

Trotz gegenteiliger Erklärungen der chinesischen Regierung bleiben auch im Februar 2010 noch immer zahlreiche uigurische Internetseiten in der Region gesperrt. So sind die Internetseiten *Xabnam* und *Diyarim.com* mehr als sieben Monate nach ihrer Sperrung weiterhin blockiert.

4.14 Neues Gesetz verbietet Diskussion über Autonomie

Nach den Unruhen in Urumtschi kündigt die Regionalregierung Xinjiangs im Juli 2009 an, die Verabschiedung neuer Gesetze in der Autonomen Region zu beschleunigen, die den „Separatismus“ bekämpfen (*UPI*, 19.7.2009). In der Volksrepublik gibt es zwar ein

nationales Anti-Separatismus-Gesetz, aber noch keine regionalen Regelungen. Mit einem „Gesetz zur Förderung der Ethnischen Einheit in Xinjiang“ sollte diese Lücke geschlossen werden. Mit einer Ausarbeitung erster Entwürfe war im August 2008 begonnen worden (*Radio Free Asia*, 24.11.2009). Ende Dezember 2009 wurde das Gesetz von dem Regionalparlament verabschiedet, zum 1. Februar 2010 traten die umstrittenen Paragraphen in Kraft (*Radio Free Asia*, 4.1.2010).

Das Gesetz verlangt, dass sich jeder Bürger und jede Organisation in der Region für die nationale Einheit einsetzt und jede Form der Sezession bekämpft. Jedem, der die ethnische Einheit gefährdet oder Sezession provoziert, drohen Strafverfolgung und massive Sanktionen. Das Gesetz verbietet auch jede öffentliche Diskussion der nationalen Einheit sowie die Sammlung, Herstellung und Verbreitung von Informationen darüber. Somit ist auch jede öffentliche Diskussion des derzeit gültigen Autonomie-Statuts der Region verboten. Uiguren bemängeln ebenso wie die Tibeter in der angrenzenden Autonomen Region Tibet (TAR), dass zentrale Bestandteile des Autonomie-Status nur halbherzig verwirklicht wurden und fordern seit Jahren eine umfassendere Autonomie.

Xinjiang-Experten sind sich darin einig, dass eine Reform des Autonomie-Statuts und eine zügige und glaubwürdige Umsetzung eines überarbeiteten Autonomie-Konzepts der einzige Weg ist, um langfristig Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Nordwestchina zu sichern. Da die Volksrepublik China jede Abspaltung Ostturkestans und jede erneute Gründung eines unabhängigen Staates mit allen Mitteln verhindern wird, ist eine Reform der Autonomie zurzeit der einzig realistische Weg, um den Uiguren und den anderen in der Region lebenden nicht-chinesischen Nationalitäten die Möglichkeit zu geben, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verwirklichen.

Dass Chinas Machthaber jede bislang legale Diskussion einer Reform des unzureichenden Autonomie-Statuts und seiner unbefriedigenden Verwirklichung verbieten und kriminalisieren, bedeutet einen schweren Rückschlag für alle Bemühungen um eine Eindämmung der Spannungen in der Konfliktregion. Es ist ein Armutszeugnis für den chinesischen Rechtsstaat, dass weltweit übliche und erwünschte Diskussionen über eine Verbesserung des Rechtsstaates in Xinjiang unterdrückt und kriminalisiert werden. Deutlicher kann eine Absage an jeden Versuch demokratischer Reformen nicht sein. Das umstrittene Gesetz wird nicht die nationale Einheit fördern, sondern weiter Gewalt schüren, indem es ganz gezielt sowohl alle Uiguren als auch chinesische Regimekritiker ausgrenzt, die nach friedlichen Perspektiven für eine Beendigung der Nationalitätenkonflikte suchen. Es ist zu befürchten, dass damit das Gegenteil des Gesetzeszweckes erreicht wird und vielmehr bewaffneter Widerstand gegen die chinesische Herrschaft indirekt gefördert wird.

4.15 Neues Informationsgesetz fördert Zensur

Ende September 2009 verabschiedete der Volkskongress Xinjiangs das „Gesetz zur Förderung der Information“ (*Radio Free Asia*, 2.10.2009). Der Titel des Gesetzes ist irreführend, weil die Paragraphen nicht dazu dienen sollen, die Verbreitung von möglichst vielen Informationen in der Region zu fördern, sondern der Zensur neue

„rechtsstaatliche“ Legitimation verschafft, um noch wirksamer die Verbreitung kritischer Nachrichten und Meinungen zu unterdrücken.

Jede Diskussion von Selbstbestimmungsrecht, Autonomie und Separatismus im Internet wird mit dem Gesetz unter Strafe gestellt. Jeglicher freier Meinungs-austausch in Blogs oder über Textnachrichten, der die aktuelle Lage in Ostturkestan betrifft, wird so effektiv kriminalisiert und unterdrückt. Da nahezu alle Fragen der aktuellen Lebenssituation von Uiguren direkt oder indirekt mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verbunden sind, bietet das neue Informationsgesetz den chinesischen Behörden die Gelegenheit, jede öffentliche Diskussion im Internet über die Lage der Uiguren zu verhindern oder zu kriminalisieren.

5. Internationale Staatengemeinschaft reagiert zurückhaltend auf Unruhen

5.1 Reaktionen im Westen

Mit Besorgnis reagierte die internationale Staatengemeinschaft auf die Proteste der Uiguren und die Niederschlagung der Unruhen. Ein Sprecher des US-Präsidenten rief alle Beteiligten in Xinjiang zur Zurückhaltung auf. Die von der US-Regierung eingesetzte *Kommission für Religionsfreiheit*, die regelmäßig Verletzungen der Glaubensfreiheit weltweit dokumentiert und anprangert, äußerte ihre „tiefe Besorgnis“ und verlangte gezielte Sanktionen gegen Repräsentanten der chinesischen Behörden in Xinjiang und eine Einfrierung von Importen aus der Region im Nordwesten Chinas. Ausdrücklich verwies die Kommission auf die anhaltende Diskriminierung der Uiguren und auf die Verweigerung ihrer Glaubensfreiheit. Diese massiven Menschenrechtsverletzungen seien ursächlich für die Gewalt gewesen (*Agence France Presse, 15.7.2010*). Vergeblich forderten einzelne US-Senatoren und Abgeordnete des US-Kongresses eine schärfere Reaktion der amerikanischen Regierung.

Ein chinesischer Diplomat zeigte sich erfreut über die „mäßige Haltung“ und Zurückhaltung der US-Regierung in der Krise. US-Außenministerin Hillary Clinton hatte sich in hochrangigen Gesprächen mit chinesischen Gesandten „besorgt“ über die Unruhen geäußert (*Associated Press, 28.7.2009*). Der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Guangya bekräftigt, dass alle Gesprächspartner in der US-Regierung die Proteste und Ausschreitungen als innere Angelegenheit der Volksrepublik betrachteten.

Auch Russland gab der chinesischen Führung keinen Anlass zur Sorge. Das russische Außenministerium bekräftigte, dass es sich bei dem Konflikt um ein internes Problem Chinas handle und dass man in Moskau zuversichtlich sei, dass Chinas Sicherheitskräfte die Gesetze beachteten und sich die Lage bald normalisieren werde (*Agence France Presse, 9.7.2009*).

Appelle zur Zurückhaltung äußerten auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sowie die kanadische, die deutsche und die britische Regierung. Einige Europaparlamentarier, wie der niederländische Sozialdemokrat Emine Bozkurt, forderten ein entschiedenes Vorgehen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Doch der schwedische Außenminister Carl Bildt begnügte sich damit, von China in seiner Stellungnahme eine vorsichtigeren Behandlung von Minderheiten und mehr Respekt gegenüber Menschenrechten einzufordern. Der Leiter des Büros der EU-Kommission in Peking, Serge Abou, äußerte sogar Verständnis für die Probleme der chinesischen Führung. Auch Europa habe seine Probleme mit Minderheiten und „wir würden es nicht mögen, wenn uns andere Regierungen erzählen, was wir zu tun haben“, sagt der EU-Diplomat (*New Straits Times, 16.7.2009*). Die Gewalt in Xinjiang sei ein Thema Chinas und nicht Europas, erklärt der Vertreter der EU-Kommission ganz im Sinne Pekings.

Tibetische Exilorganisationen machten darauf aufmerksam, dass die Verfolgung und Diskriminierung von Tibetern und Uiguren sich sehr ähnelt. „Ich bin sehr traurig und besorgt über die sich verschlechternde Situation in Ostturkestan (Xinjiang), besonders

über den tragischen Tod von Menschen. Ich bitte nachdrücklich die chinesischen Behörden um Zurückhaltung und eine Klärung der Lage im Sinne des gegenseitigen Verständnisses und der Weitsicht“, erklärt der Dalai Lama (*International Campaign for Tibet*, 8.7.2009).

Vergleicht man jedoch die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft mit den Protesten nach der Niederschlagung der Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 und den danach öffentlich diskutierten Sanktionsdrohungen, so fällt auf, dass die Weltgemeinschaft auf die Geschehnisse in Urumtschi viel zurückhaltender reagierte. Dies gilt nicht nur für das Verhalten von Regierungen, sondern auch das der breiten Öffentlichkeit.

Eine mangelnde Medienberichterstattung ist dafür zumindest nicht verantwortlich. Obwohl Ostturkestan schwer für die Korrespondenten zu erreichen ist und es weniger unabhängige Informationsnetzwerke als in Tibet gibt, die trotz staatlicher Repression kritische Berichte in die Außenwelt bringen, wurde in den Medien weltweit umfassend über einen längeren Zeitraum über die Unruhen und ihre Hintergründe informiert. Doch anders als bei Tibet löste dies kaum öffentliche Proteste aus, da die Uiguren nicht wie die Tibeter über eine weltweite Solidaritätsbewegung verfügen, die innerhalb weniger Stunden Proteste in 170 Staaten der Erde organisiert. Profitieren die Tibeter vom Ansehen des Dalai Lama als religiöser und politischer Führer seines Volkes, der weltweit über eine große moralische Autorität verfügt, so wurden die Uiguren bislang von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Als muslimische Minderheit geht von ihnen nicht die gleiche Anziehungskraft wie jene der tibetischen Buddhisten aus, die von vielen Europäern und Amerikaner auch aufgrund ihres Glaubens und ihrer Lebensphilosophie besonders geschätzt werden.

Dass die Proteste nur anfangs friedlich waren, hat sicherlich mit zur Zurückhaltung der Öffentlichkeit und vieler Regierungen beigetragen. Groß ist die Angst vor weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen, die zu massiven Problemen in der Volksrepublik führen könnten. Es war vor allem der friedliche Widerstand der Tibeter, der lange Zeit das Ausland faszinierte. Doch auch in Tibet droht der Widerstand gewaltsamer zu werden, da die Verfolgung durch staatliche Sicherheitsbehörden immer mehr zunimmt und unter den Betroffenen die Hoffnungslosigkeit wächst. Nur mit Mühe und unter Einsatz seiner gesamten Autorität als religiöser und politischer Führer der Tibeter konnte der Dalai Lama im Jahr 2008 eine weitere Eskalation der Gewalt abwenden. Ob ihm dies in der Zukunft auch weiterhin gelingen wird, ist unklar. Zu massiv ist der Verärgerung vor allem der jüngeren Bevölkerung über die alltägliche Diskriminierung und Unterdrückung. In Ostturkestan ist die chinesische Repression noch umfassender als in Tibet. Zugleich verlieren immer mehr Uiguren die Hoffnung auf eine Besserung der Lage und auf mehr internationale Unterstützung. Dies alles sind kritische Faktoren, die eine weitere Eskalation der Gewalt im Nordwesten Chinas befürchten lassen.

5.2 Machtkalkül statt Menschenrechte

Die Zurückhaltung vieler Regierungen ist auch auf die wachsende Bedeutung Chinas in Weltpolitik und Weltwirtschaft zurückzuführen. Angesichts der weltweiten Finanzkrise, der Verschuldung der USA bei China und der wachsenden Bedeutung der Volksrepublik

bei der Wiederankurbelung der weltweiten Konjunktur ist die internationale Staatengemeinschaft immer zurückhaltender mit Kritik an Pekings Politik. Für eine „kleine Minderheit“ will man nicht die guten Beziehungen zur Regierung der Volksrepublik riskieren.

Diese Sichtweise lässt jedoch vollkommen außer Acht, wie gefährlich die zunehmenden Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen in Tibet und Ostturkestan langfristig für die Stabilität der Volksrepublik und ihre Beziehungen zur Außenwelt sein können. Denn sollte die Gewalt weiter zunehmen, so könnte dies den Wirtschaftsboom im Osten Chinas gefährden, der entscheidend von billigen und sicheren Rohstoffen aus Tibet und Xinjiang abhängig ist. Zudem könnte bei einer weiteren Zunahme von Gewalt und Gegengewalt des Staates die Stabilität der Volksrepublik in Frage gestellt werden. Die internationale Gemeinschaft könnte sich dann gezwungen sehen, die sich verschlechternde Menschenrechtslage nicht länger zu ignorieren.

5.3 Islamische Welt reagiert verärgert

Ganz anders als ein Großteil der internationalen Staatengemeinschaft reagierten sowohl Regierungen islamischer Staaten als auch die Zivilgesellschaft in diesen Staaten sehr verärgert auf die blutige Niederschlagung der Unruhen. So äußerte die *Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)*, eine weltweite zwischenstaatliche Internationale Organisation von 57 islamischen Staaten, ihre tiefe Besorgnis über die tödliche Gewalt und den „unangemessenen Einsatz von Gewalt“ durch die chinesischen Sicherheitskräfte. Ähnliche Proteste kamen von der *Weltversammlung der Muslimischen Jugend (World Assembly of Muslim Youth, WAMY)*. Beide Organisationen verurteilen den Tod von Zivilisten, der in höchstem Maße beklagenswert sei, egal ob es sich um Muslime oder um Nicht-Muslime handele (*Arab News*, 8.7.2009). Bei einer Minister-Konferenz der OIC-Staaten in Damaskus (Syrien) am 25. Juli 2009 beschlossen die teilnehmenden Staaten, die chinesische Regierung zu drängen, die legitimen Rechte der Uiguren zu beachten. Mitte August besuchte eine hochrangige Delegation der OIC Peking und Ostturkestan. Auf Einladung der chinesischen Regierung reiste schließlich im Herbst 2009 der OIC-Generalsekretär Ekmeleddin Ihsanoglu nach China, um sich selbst ein Bild von der Lage der Uiguren zu machen.

Im Zuge einer Charmeoﬀensive gegenüber der muslimischen Welt empfing die Lokalregierung Xinjiangs am 10. August 2009 Botschafter aus 26 Staaten (unter ihnen die muslimischen Länder Kuwait, Ägypten, Saudi-Arabien, Pakistan, Syrien, Türkei und Afghanistan) zu einem fünftägigen Besuch in Xinjiang. Den Diplomaten sollte vor Augen geführt werden, dass erneut Ruhe im Nordwesten Chinas herrsche und dass Chinas Nationalitätenpolitik Minderheitenrechte nicht ignoriere (*Xinhua*, 11.8.2009).

Führende muslimische Geistliche im Iran verurteilten die blutige Niederschlagung der Proteste der muslimischen Glaubensbrüder in China. Besonders deutlich äußern sich Ayatollah Hossein Nouri Hamedani, Ayatollah Yousef Sanei, Ayatollah Nasser Makarem Shirazi und Ayatollah Lotfollah Safi Golpaygani (*Tehran Times*, 13.7.2009 / *Mehr News Agency*, 2.8.2009). Ayatollah Shirazi und Ayatollah Golpaygani kritisierten aber auch die iranische Regierung für ihr Schweigen zu den Geschehnissen in Ostturkestan. Auch

in den staatlich kontrollierten Medien des Iran war ein einseitiges Bild der Lage in Ostturkestan gezeichnet und die Demonstranten als „Hooligans“ dargestellt worden. Regimekritische Ayatollahs beschuldigten die iranischen Behörden, die Proteste der Uiguren zu diffamieren, weil auch im Iran immer mehr Oppositionelle Demokratie und Menschenrechte in öffentlichen Demonstrationen einforderten. Darüber hinaus unterhält der Gottesstaat umfassende wirtschaftliche, militärische und politische Beziehungen zu China. In der iranischen Bevölkerung wuchs die Kritik an der engen Kooperation mit den Machthabern in Peking. Während einer Rede des früheren iranischen Staatspräsidenten Ali Akbar Hashemi Rafsanjani forderten Zuhörer in Zwischenrufen lautstark den „Tod Chinas“ (*Christian Science Monitor*, 17.7.2009).

Auch im überwiegend muslimischen Indonesien kam es zu öffentlichen Demonstrationen gegen die chinesische Nationalitätenpolitik. Das indonesische Parlament appellierte an die Vereinten Nationen, Hilfe anzubieten, um die Auseinandersetzungen in Urumtschi zu stoppen (*Bernama*, 13.7.2009). Der Generalsekretär des „Indonesischen Rates der Ulema“, der bedeutendsten muslimischen Institution in dem bevölkerungsreichsten muslimischen Staat der Welt, kritisierte die Einschränkung der Glaubensfreiheit in Ostturkestan und verlangte eine schnelle Aufhebung des Verbots, an den Freitagsgebeten in den Moscheen teilzunehmen, das in Urumtschi von den Behörden verhängt wurde.

In der Ukraine protestierten Krimtataren vor der Botschaft der Volksrepublik China gegen den „Genozid an Uiguren“. Die Uiguren in Ostturkestan seien ein Brudervolk, das nicht vergessen werden dürfe, forderten Vertreter der jahrzehntlang in der Sowjetunion deportierten und verfolgten Volksgruppe. Schnell müsse China die Unterdrückung der Uiguren beenden, verlangten die Krimtataren.

Selbst im weit entfernten Aserbaidschan demonstrierten Bürger vor der chinesischen Botschaft und forderten ein klares „Nein zum Rassismus“ (*Associated Press*, 14.7.2009).

5.4 Proteste in Zentralasien

Mit besonderer Aufmerksamkeit werden die Unruhen in den zentralasiatischen Nachbarstaaten Kasachstan und Kirgisien verfolgt. In beiden Staaten leben hunderttausende Uiguren, von denen viele Angehörige im chinesischen Ostturkestan haben. Doch während die Bevölkerung starken Anteil an der dramatischen Menschenrechtssituation im Nordwesten Chinas nimmt, bemühen sich die Regierungen um gute Beziehungen zu dem übermächtigen Nachbarland. Aufgrund seines großen politischen und wirtschaftlichen Einflusses können Chinas Machthaber massiv in innenpolitische Angelegenheiten der zentralasiatischen Nachbarstaaten eingreifen. Abschiebungen uigurischer Flüchtlinge, Recherche durch chinesische Sicherheitskräfte in Kreisen von Exil-Uiguren und politisch motivierte Morde durch aus China eingeschleuste Sicherheitskräfte sind in diesen Nachbarländern Chinas keine Seltenheit. Chinas Einfluss auf die Region wuchs noch durch die 1996 gegründete *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organization, SCO)*, in der diese Staaten gemeinsam mit der Volksrepublik China und Russland ihre Bekämpfung der innenpolitischen Opposition und andere Sicherheitsfragen koordinieren.

Rund 60.000 Uiguren leben in Kirgisien. Nach den Unruhen kam es auch dort zu Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft. Mit Fotos und Postern machten die Demonstranten auf die Folgen der Unterdrückung von Uiguren in China aufmerksam. Am 10. August 2009 wurden daraufhin Dilmurat Akbarov, der Vorsitzende der *Ittipak Uigurischen Gesellschaft*, und sein Stellvertreter Jamaldin Nasyrov verhaftet. Sie hatten beide zu einem friedlichen Protest vor der chinesischen Botschaft aufgerufen (*Eurasia Daily Monitor*, 13.8.2009). Die Regierung Kirgisiens wurde von der massiven Kritik der Organisation an der chinesischen Politik offensichtlich überrascht. Die der Regierung nahestehende Gruppe hatte sich bislang mit öffentlicher Kritik am mächtigen Nachbarland zurückgehalten. Der kirgisische Ombudsmann Tursunbek Akun versprach nach der Festnahme, die Hintergründe der Verhaftung zu klären. Zugleich forderte er die uigurische Organisation auf, ihre Proteste vor der chinesischen Botschaft einzustellen.

Auch unter den 300.000 Uiguren in Kasachstan gibt es eine ähnliche Angst wie in Kirgisien vor neuerlichen massiven Übergriffen der Behörden. Uigurische Organisationen in Kasachstan sind noch schwer gezeichnet von willkürlichen Verhaftungen und politisch motivierten Morden. China kontrolliert seit November letzten Jahres 30 Prozent der Öl-Förderung in Kasachstan (*www.istockanalyst.com*, 19.11.2009). Außerdem bezieht die Volksrepublik inzwischen Erdgas aus Kasachstan. Im Januar 2010 nahm der westliche Teil einer zweiten Ost-West Erdgas-Pipeline den Betrieb auf, mit dem Erdgas aus Zentralasien und aus Xinjiang nach Schanghai und Hongkong transportiert werden soll. Erst im April 2009 hatte Kasachstan als Gegenleistung für die energiepolitische Zusammenarbeit von Peking einen Kredit im Wert von fünf Milliarden US-Dollars bekommen (*Associated Press*, 14.7.2009).

Rund 5.000 Uiguren protestierten am 19. Juli 2009 in der kasachischen Stadt Almaty gegen die Niederschlagung der Proteste in Ostturkestan. Es war die erste öffentliche Demonstration von Uiguren in Kasachstan, die jemals von den Behörden des Landes gestattet wurde (*Associated Press*, 19.7.2009). Dies unterstreicht, wie groß nach den Unruhen im Nachbarland der Druck auf die Regierung Kasachstans war, nicht länger jeden Protest gegen Chinas Nationalitätenpolitik im Keim zu ersticken.

Im Internet zirkulierte ein „Offener Brief der Kasachischen Jugend in der Stadt Urumtschi“ an den kasachischen Staatspräsidenten Nursultan Nazarbajev, in dem dieser aufgefordert wurde, sich stärker um die Lösung der Probleme der Kasachen in Xinjiang zu kümmern (*Georgian Daily*, 9.7.2009). Die Kasachen in Xinjiang sind ernsthaft um die Zukunft ihrer Sprache besorgt. Neben den Uiguren und den Han-Chinesen stellen Kasachen mit rund einer Million Menschen die größte Bevölkerungsgruppe Ostturkestans. Wie die Uiguren leiden auch sie unter der massiven Zuwanderung von Han-Chinesen nach Nordwestchina.

„Die Uiguren wollten friedlich gegen die Polizei-Willkür protestieren. Aber wegen des Verhaltens der Polizei endete es dann in einer Tragödie“, erklärte Torgan Tozakhunov, stellvertretender Leiter des Uigurischen Kulturzentrums in Kasachstan (*Agence France Presse*, 9.7.2009).

Uigurische Menschenrechtler wurden von den kasachischen Behörden am 21. August 2009 daran gehindert, eine Pressekonferenz zu den Unruhen zu veranstalten und eine Foto-Ausstellung zu eröffnen. In der Ausstellung wollten sie 380 Photos zeigen, die

während der Unruhen gemacht wurden (*Radio Free Asia*, 21.8.2009). Der Vorsitzende der *Kasachisch-Uigurischen Freundschaftsgesellschaft*, Abdurashid Turdiev, und sein Stellvertreter Yermek Narymbaev wurden unmittelbar vor der Pressekonferenz festgenommen und 90 Minuten lang festgehalten.



Der Vorsitzende der *Uigurischen Gesellschaft in Kasachstan*, Kaharman Kozhamberdiev (siehe Photo links), äußerte sich schockiert über das Vorgehen der kasachischen Behörden.

Photo: GfbV

Mit einer Brief-Kampagne wendeten sich die Uiguren in Kasachstan an die Vereinten Nationen, Russland und die USA mit der Bitte, sich für eine Verbesserung der Menschenrechtsslage in Xinjiang einzusetzen. In religiösen Zeremonien gedachten sie der Opfer der Unruhen.

Die 6.000 Uiguren in Tadschikistan verhielten sich nach den Unruhen ruhig. Die Tadschiken fürchteten, dass nach den Protesten die 400 Kilometer lange gemeinsame Grenze noch undurchlässiger werde. Tadschikische Händler unterhalten umfassende Wirtschaftsbeziehungen mit Ostturkestan. Die Regierung Tadschikistans äußerte sich mit Rücksicht auf die Wirtschaftsbeziehungen mit China nur sehr zurückhaltend zu den Unruhen

5.5 Pakistan engagiert sich für Chinas Ruf in der muslimischen Welt

Dass die Spannungen zwischen den Pekinger Machthabern und der muslimischen Welt nicht noch weiter eskalierten, hat China seinem engen Verbündeten Pakistan zu verdanken.

Pakistans Präsident Asif Ali Zardari lobte mehrfach öffentlich die Bemühungen Chinas um eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Konfliktregion (*Xinhua*, 23.7.2009 / *Reuters*, 21.8.2009). In der muslimischen Welt warb er gezielt um Vertrauen in Chinas Politik und riet zur Zurückhaltung bei öffentlicher Kritik an Chinas Umgang mit Muslimen.

Das muslimische Pakistan ist seit Jahrzehnten eng politisch, wirtschaftlich und militärisch mit China verbunden. Im Jahr 2007 wurde der mit chinesischer Hilfe erbaute Tiefseehafen Gwadar in der umkämpften Provinz Balutschistan eröffnet. Der Hafen hat strategische Bedeutung für China: Die Volksrepublik plant den Bau einer Öl-Pipeline von Gwadar nach Xinjiang, mit weiterem Anschluss an die industriellen Zentren in Ostchina. So soll die Rohstoffversorgung mit Öl aus dem Nahen Osten und aus Afrika sichergestellt werden, ohne zukünftig die strategisch problematische und teure Passage durch die Strasse von Malakka nutzen zu müssen.

5.6 Unerwünschte „Hilfe“ von Terrorgruppen

Auch radikal-islamische Terrorgruppen wurden im Sommer 2009 plötzlich auf die schwierige Lage der Uiguren in China aufmerksam. Sie realisierten schnell, dass dieses Thema die muslimische Öffentlichkeit weltweit beschäftigt, und dass dies ein neuer Ansatzpunkt sein könnte, um Unterstützung in eigener Sache zu gewinnen.

Radikal-islamische Aktivisten riefen im Juli 2009 im Jemen zum Boykott chinesischer Produkte auf, um gegen die Gewalt an Uiguren zu protestieren (*Uyghur American Association*, 14.7.2009).

Al Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI), eine terroristische Bewegung in Südalgerien und verschiedenen Maghreb-Staaten, rief im Juli 2009 zu Vergeltungsanschlägen auf die 50.000 in Algerien lebenden chinesischen Gastarbeiter auf. China nahm diese Drohung sehr ernst und appellierte an seine Landsleute in Nordafrika, besonders vorsichtig zu sein (*BBC*, 15.7.2009). Den Uiguren erwies *AQMI* damit einen Bärenienst, schließlich bemühte sich China seit Jahren, Verbindungen zwischen uigurischen Exilanten und *Al-Qaida* zu beschwören.

Zwar kam es wiederholt in den vergangenen Monaten zu Zusammenstößen zwischen Algeriern und Chinesen, doch diese Auseinandersetzungen hatten nichts mit den Uiguren zu tun. Wegen ihres als arroganten und wenig einfühlsamen wahrgenommenen Auftretens erfreuen sich die chinesischen Gastarbeiter in dem nordafrikanischen Land keiner großen Beliebtheit. Viele Algerier empfinden die chinesischen Bauarbeiter und Ingenieure, die auf Großbaustellen im Norden Algeriens eingesetzt werden, als neue Kolonialherren. Ein Gefühl, das sicherlich auch viele Uiguren teilen und zu wachsenden Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen führt. Mit *Al-Qaida* hat dies jedoch nichts zu tun, allenfalls mit einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit in Algerien.

AQMI gewann in den letzten zehn Jahren im Süden Algeriens und in Mauretanien an Bedeutung. Zumindest in ihrem Anfangsstadium war die Terrorbewegung weitestgehend ein Instrument des algerischen Geheimdienstes. Mit der Verbreitung von Terror in Frankreich und im Süden Algeriens versuchte der algerische Geheimdienst nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 auf einen vermeintlich wachsenden Terrorismus in der Sahara aufmerksam zu machen. Von diesen Geheimaktionen versprach sich Algerien großzügigere Rüstungslieferungen und einen Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit westlichen Staaten.

In aller Schärfe distanzieren sich der *Weltkongress der Uiguren* und der *Uigurisch Amerikanische Verein (Uyghur American Association, UAA)* von der angebotenen Hilfe *Al-Qaidas*. Beide Organisationen bekräftigten ihren ausschließlich friedlichen Einsatz für die Menschenrechte der Uiguren und verurteilten jede Form von Terrorismus (*Uyghur American Association / World Uyghur Congress, 14.7.2009*).

5.7 Türkei erhebt Genozid-Vorwurf

Keine Regierung äußerte so schwere Vorwürfe gegen Chinas Nationalitätenpolitik in Xinjiang wie die der Türkei. Am 10. Juli 2009 warf der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan China vor, Genozid im Nordwesten des Landes zu begehen und appelliert an die chinesische Regierung, weitere Todesopfer zu verhindern (*Reuters, 10.7.2009*). „Wir können nicht verstehen, wie die chinesische Regierung in einem solchen Fall tatenlos zuschaut“, erklärte Erdogan. „Wir wollen, dass die chinesische Regierung, mit der sich unsere beiderseitigen Beziehungen immer mehr verbessern, mehr Sensibilität zeigt.“ Am Tag zuvor hatte Erdogan angekündigt, dass sein Land der in den USA im Exil lebenden Uiguren-Führerin Rebiya Kadeer ein Visum genehmigen würde. Zweimal war ihr ein Visum für den Besuch des europäischen Staates, in dem die meisten Uiguren leben, bereits verweigert worden.

In Istanbul demonstrierten 5.000 Menschen gegen „ethnische Säuberungen“ in Ostturkestan. Auch in Ankara protestierten 700 Demonstranten gegen Menschenrechtsverletzungen an Uiguren (*Agence France Presse, 10.7.2009*). Der türkische Ministerpräsident wiederholte seine Vorwürfe beim Gipfeltreffen der G 8-Staaten in L'Aquila (Italien) im Beisein des chinesischen Staatspräsidenten. Außerdem kündigte Erdogan an, sich darum zu bemühen, dass sich der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen des Themas annehme (*Hürriyet, 11.7.2009*). Da die Türkei kein ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates ist und China bereits seinen entschiedenen Widerstand gegen jede Beratung dieses Themas in dem UN-Gremium äußerte, hatte der türkische Vorschlag kaum Aussicht auf Erfolg.

Der Sprecher des Türkischen Parlaments, Köksal Toptan, forderte China am 14. Juli 2009 auf, einer parlamentarischen Untersuchungskommission den Besuch Xinjiangs zu gestatten (*Turkish Daily News, 14.7.2009*). Die türkischen Abgeordneten wollten sich einen eigenen Augenschein von den Verhältnissen in Xinjiang verschaffen. Toptan bekräftigte die territoriale Integrität Chinas.

China wies den Vorwurf des Genozids am 14. Juli 2009 kategorisch zurück. Die meisten der Getöteten seien Han-Chinesen gewesen, erklärte ein Sprecher des Außenministeriums in Peking. Außerdem nehme die Zahl der in Xinjiang lebenden Uiguren stetig zu. Der Genozid-Vorwurf mache angesichts dieser Fakten keinen Sinn (*Reuters, 14.7.2009*). In offiziellen chinesischen Medien wurde Erdogan aufgefordert, seinen Vorwurf zurückzunehmen (*Reuters, 15.7.2009*).

5.8 Türkische Regierung überdenkt Kritik

Chinas staatlich kontrollierte Medien warfen der „einseitigen und von Vorurteilen gekennzeichneten Berichterstattung westlicher Medien“ vor, für die kritische Haltung

der türkischen Regierung und Öffentlichkeit verantwortlich zu sein (*The Hindu*, 17.8.2009). Mitte August 2009 deutet sich ein Umdenken der türkischen Regierung an: Der türkische Botschafter in China bekräftigte nach einem viertägigen Besuch in Xinjiang, dass seine Regierung Vertrauen habe, dass „die Verursacher des Zwischenfalls in transparenten, fairen und zügigen Gerichtsverfahren von den chinesischen Behörden zur Rechenschaft gezogen werden“.

Bei einem Treffen des türkischen Ministers für Außenhandel, Zafer Caglayan, mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao am 31. August 2009 erklärt Caglayan: „Die Türkei versteht die Maßnahmen, die China ergriff, um die Zwischenfälle am 5. Juli zu bewältigen“ (*Agence France Presse*, 1.9.2009). Er betonte, dass die Türkei jede Form des Separatismus ablehne und sprach sich für einen Ausbau der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen aus. Wen Jiabao erinnerte in dem Gespräch daran, dass China und die Türkei oft mit Extremismus, Separatismus und Terrorismus konfrontiert seien und dass China gerne enger mit der Türkei kooperieren würde bei der Bekämpfung dieser „drei Kräfte“ (*Xinhua*, 2.9.2009). In einem Brief an die chinesische Führung, den Caglayan übergab, zeigte sich Erdogan davon überzeugt, dass Stabilität, Harmonie und Wohlstand schon bald wieder in Xinjiang erreicht werden (*Xinhua*, 31.8.2009). Die Türkei und China, die dieselben Probleme und Interessen teilten, würden verhindern wollen, dass die Beziehungen zwischen beiden Staaten Schaden nehmen, betont der türkische Minister.

Neue Verstimmungen zwischen beiden Staaten gab es zum Ende des China-Besuches von Minister Caglayan. Als er am 2. September Urumtschi mit dem Flugzeug verlassen wollte, musste er sich einer Sicherheitskontrolle durch chinesische Sicherheitsbeamte unterziehen. Dabei kam es sogar zu einem Handgemenge zwischen den Leibwächtern des Ministers und den chinesischen Beamten. Der Minister wies danach seinen Botschafter an, in einer diplomatischen Note gegen die demütigende Behandlung zu protestieren. Caglayan forderte eine Entschuldigung von der chinesischen Regierung. Ansonsten sage er das für September 2009 geplante Treffen des „Gemeinsamen Wirtschaftskomitees“ ab.

Bei einem Treffen des stellvertretenden Sprechers des Türkischen Parlaments, Nevzat Pakdil, mit einem Li Wuwei, einem hochrangigen Funktionär der Kommunistischen Partei Chinas, wurden am 14. Dezember 2009 letzte Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten ausgeräumt. „Wir möchten, dass das uigurische Volk zu einer Brücke des Friedens zwischen dem chinesischen und dem türkischen Volk wird“, betont Pakdil (*Turkish Weekly*, 14.12.2009). „Die Türkei bekennt sich zu dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Wir wünschen, dass alle Staaten Menschenrechte respektieren“, sagt der türkische Politiker. Deutlicher konnte der Kotau Ankaras vor Peking kaum ausfallen. Fünf Monate nach den markigen Worten Erdogans war von der Kritik der türkischen Regierung an Chinas Nationalitätenpolitik nichts mehr übrig geblieben.

5.9 China übt Druck auf Türkei aus

Erdogans Verhältnis zu den Uiguren ist schillernd. Nicht zum ersten Mal ergriff er im Juli 2009 deutlich öffentlich Position für die Uiguren, um dies kurze Zeit später wieder

zurückzunehmen. Am 28. Juli 1995 weihte er als Bürgermeister Istanbuls ein Denkmal für den bekannten uigurischen Exilpolitiker Yusuf Alptekin in dem Sultan Ahmet Park in der Stadt am Bosphorus ein. Damals beschwor er wortreich die Märtyrer Ostturkestans, derer man immer gedenken müsse und kritisierte scharf die Sinisierung Ostturkestans (*Ethno-Diplomacy: The Uyghur Hitch in Sino-Turkish Relations, Yitzhak Shichor, Policy Studies 53, East-West Center, S. 2*). Als Erdogan kurz nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten am 14. Januar 2003 China besuchte, wollte er von seinem Bekenntnis zu den uigurischen Märtyrern nichts mehr wissen. Dringend wollte er die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten ausbauen. So bekräftigte er in seinen Reden das Ein-China-Prinzip und die territoriale Integrität der Volksrepublik. Terrorismus und Separatismus sagte Erdogan den Kampf an. Um Chinas Führung deutlich zu machen, wie ernst es ihm mit seiner Kampfansage gegen den „Separatismus“ war, ließ er in allerletzter Minute eine für den 16. / 17. Januar 2003 in Ankara geplante Konferenz über die „Geschichte und die heutige Lage der uigurischen Türken“ verbieten.

Mehrere zehntausend Uiguren leben heute in der Türkei. Vor allem Istanbul gilt als eine der größten uigurischen Städte. Als Turk-Volk genießen die Uiguren ein großes Ansehen in der türkischen Gesellschaft. Seit den 50er-Jahren ließen sich immer mehr Uiguren in der Türkei nieder. Dort entstanden bedeutende Exil-Organisationen, die sich für ihre Kultur, Sprache und Menschenrechte einsetzen. Erst als Mitte der 90er-Jahre in Ostturkestan die Unzufriedenheit der Bevölkerung zunahm, es zu ersten Aufständen kam und neue zentralasiatische Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden, verstärkte China seinen Druck auf die Türkei, um die Aktivitäten uigurischer Organisationen und Exilpolitiker einzudämmen. China begann seine Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei auszubauen und erreichte im Jahr 2008 mit Billigimporten in die Türkei ein Handelsbilanzdefizit von 14 Milliarden US-Dollars. Angesichts dieses Missverhältnisses ist die Türkei an einer Verbesserung der Handelsbeziehungen interessiert, um das Ungleichgewicht abzubauen. Ende Juni 2009 reiste Staatspräsident Abdullah Gül als erster türkischer Präsident nach 15 Jahren in die Volksrepublik. Begleitet wurde er von einer großen Wirtschaftsdelegation. In China unterzeichnete er Handelsverträge im Wert von 1,5 Milliarden US-Dollar (*Reuters, 10.7.2009*). Die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wurde ebenfalls ausgeweitet.

Um diese Kooperation nicht zu gefährden, schränkten die türkischen Behörden immer mehr den Freiraum von exilugurischen Organisationen ein. Finanzielle Förderung, Wohnungen und türkische Staatsbürgerschaft wurden fortan verweigert, Konferenzen, Reisen und Demonstrationen verboten. Exilugurische Organisationen verlagerten daher ihre Aktivitäten zunehmend in die USA oder in europäische Staaten, in denen Chinas langer Arm sie nicht so schnell und wirksam in ihrer Arbeit einschränken kann. Immer wieder nutzte Peking die ungelöste Frage der Zukunft Nordzyperns sowie das Kurden-Problem, um die türkische Regierung zum Wohlverhalten zu zwingen. Es gelang China zwar, den Einfluss uigurischer Organisationen und Politiker in der Türkei spürbar zu verringern, dafür wurde jedoch das Ringen der muslimischen Minderheit um Menschenrechte auch einer breiteren Öffentlichkeit in Europa und den USA bekannt und das Engagement uigurischer Gruppen internationalisiert.

6. Chinas Kampf gegen Uiguren im Exil

6.1 Diffamierungskampagne gegen *Weltkongress der Uiguren*

Chinas Behörden nutzten gezielt die tragischen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Urumtschi im Juli 2009, um Exilorganisationen der Uiguren und führende im Ausland lebende Vertreter der muslimischen Bevölkerungsgruppe als „Terroristen“ zu diffamieren. Vor allem Rebiya Kadeer, die seit ihrer Freilassung aus chinesischer Dissidenten-Haft in den USA im Exil lebende Präsidentin des *Weltkongresses der Uiguren (WUC)* wurde persönlich massiv angegriffen und für die Gewalt in Urumqi verantwortlich gemacht. Staatliche chinesische Medien verbreiteten nach Ausbruch der Proteste seitenlange Artikel, in denen vermeintliche Beweise für den Vorwurf vorgelegt wurden, Kadeer und der *WUC* hätten zu den Protesten aufgerufen und seien „Drahtzieher“ der Unruhen (*Xinhua*, 10.8.2009, 14.8.2009 / *China Daily*, 12.8.2009). In einem Bericht des staatlichen Anti-Separatismus-Büros in der im äußersten Nordwesten Ostturkestans gelegenen „Kirgisischen Autonomen Präfektur Kizilsu“ vom 19. Dezember 2008 wurden Kadeer und dem *WUC* „reaktionäre Irrtümer“ vorgeworfen (*US Congressional-Executive Commission on China*, 24.6.2009). In einem Brief an die Frauen der Region bezeichnete das Anti-Separatismus-Büro Kadeer als „Bluthund“ des Westens, die „anti-chinesische Stimmung“ anheize. Sie sei eine „schlechte Frau“, die es nicht geschafft habe, ihre Kinder richtig zu erziehen. Die Frauen müssten die „wahren teuflischen Absichten“ Kadeers anprangern, wenn die Exil-Uigurin für Rechte und Demokratie plädiere.

In einem 20 Minuten langen Dokumentarfilm des chinesischen Staatsfernsehens CCTV wurden schwere Vorwürfe gegen den *WUC* erhoben: So soll er vom Ausland aus über Chatrooms im Internet Gewalt in der Konfliktregion geschürt und mit der Verbreitung falscher Nachrichten und Videofilme den Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen angeheizt haben (*Associated Press*, 20.10.2009). Die uigurischen Exilorganisationen gelten als sehr gut informiert über die aktuelle Menschenrechtslage in Ostturkestan. Europäische Nachrichtenagenturen zitieren sie regelmäßig, da sie angesichts der Informationsblockade Chinas oft über die einzigen unabhängigen Informationen aus der Region verfügen. Angesichts der schwierigen Recherche-Bedingungen und einer brodelnden „Gerüchteküche“, die durch die staatliche Zensur gefördert wird, gelten die Nachrichten des *WUC* zumeist als sehr zuverlässig.

„Rebiya Kadeer ist eine Separatistin und eine Kriminelle, die gemäß dem Gesetz verurteilt wurde“, erklärte Jiang Yu, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz (*Xinhua*, 3.9.2009). Sie bezog sich dabei auf ein unfaires Gerichtsverfahren im Jahr 1999, in dem die Dissidentin nach der Weitergabe von freikäuflichen Zeitungen wegen des „Verrats von Staatsgeheimnissen“ zu acht Jahren Haft in China verurteilt wurde. Aufgrund ihres Engagements für Menschenrechte und ihres Lebenswerks wurde Kadeer mit dem angesehenen Rafto-Preis in Norwegen ausgezeichnet und galt in den letzten drei Jahren als aussichtsreiche Kandidatin für den Friedensnobelpreis. „Rebias Gerüchte und boshafte Angriffe auf Chinas Nationalitätenpolitik sind überall...Ihre Anschuldigungen sind es nicht wert, zurückgewiesen zu werden“, wand Jiang Yu ein. Nachdrücklich appellierte die Sprecherin des Außenministeriums an das Ausland, ihr weder „eine Bühne zu bieten,

noch in anderer Weise Hilfe bei ihren anti-chinesischen, separatistischen Aktivitäten“ zu leisten.

Chinas Präsident Hu Jintao forderte US-Präsident Barack Obama im November 2009 auf, Separatisten daran zu hindern, von den USA aus die Abspaltung Xinjiangs von China zu betreiben. Ein solches Verhalten widerspreche dem Ein-China-Prinzip, zu dem sich auch die USA bekenne (*China Daily*, 18.11.2009).

Mehrfach bekräftigte der Dalai Lama öffentlich die Friedfertigkeit des Engagements der Präsidentin des WUC und wies damit indirekt die Vorwürfe der chinesischen Regierung zurück, Kadeer schüre die Gewalt (*Phayul*, 29.7.2009).

Am 16. Oktober 2009 warf die staatliche Tageszeitung *China Daily* in ihrer Auslandsausgabe dem WUC vor, über ein Nachrichtensofortversand-Portal zu der Demonstration in Urumtschi am 5. Juli 2009 aufgerufen zu haben. Der WUC wies die detailliert vorgetragenen Vorwürfe als „haltlos und erfunden“ zurück (*South China Morning Post*, 17.10.2009). In der Tat dürften die chinesischen Behörden den Einfluss des WUC in Ostturkestan überschätzen, wenn sie ihm eine direkte Beteiligung an Unruhen unterstellen. Es ist seit langem Strategie von Chinas Machthabern, das Ausland für Proteste und Misstände in Nordwestchina verantwortlich zu machen. Dabei ist auch den meisten chinesischen Experten bewusst, dass die Probleme dort hausgemacht sind und nur bedingt mit dem Ausland zu tun haben. Mit dieser Strategie soll einerseits von der eigenen Verantwortung abgelenkt werden und zugleich der Patriotismus der Bevölkerung gefördert werden. So sucht Chinas Regierung auch immer wieder den Konflikt mit den USA, um den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu verstärken.

Angesichts der gescheiterten Nationalitätenpolitik Chinas sind die Spannungen in Ostturkestan wie auch in Tibet inzwischen so groß, dass es nicht der Anstiftung aus dem Ausland bedarf, um Menschen zum öffentlichen Protest zu bewegen. Niemand käme ernsthaft auf den Gedanken, dass die rund 70.000 öffentlichen Demonstrationen, die inzwischen alljährlich von offiziellen Stellen in der Volksrepublik registriert werden, alle auf Anstiftung aus dem Ausland zurückzuführen sind. Die Enttäuschung über Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch ist inzwischen landesweit so groß, dass Konflikte in China eine eigene Dynamik entwickelt haben. Die wütenden Proteste von Han-Chinesen in Urumtschi im September 2009 haben deutlich gezeigt, dass die Kommunistische Partei sogar unter der von ihr geförderten Bevölkerungsgruppe der Han-Chinesen weitgehend Vertrauen verloren hat.

Dem WUC kommt in dieser Auseinandersetzung vor allem eine Sündenbock-Funktion zu. Chinas Regierung bedient sich des WUC, um von eigenen Fehlern abzulenken. Statt öffentlich zu hinterfragen, warum zehntausende Han-Chinesen den Rücktritt des lokalen Parteichefs fordern und warum Uiguren von der chinesischen Justiz und Verwaltung als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt werden, werden der WUC und Rebiya Kadeer in den staatlich kontrollierten Medien als „Feindbilder“ aufgebaut.

Tatsächlich stellt sich die Frage, warum Chinas Behörden nichts unternommen haben, um die Proteste rechtzeitig friedlich einzudämmen, wenn sie so umfassend und frühzeitig über die Organisation der Demonstration informiert waren.

Gezielt gingen Chinas Behörden in den Monaten nach den Unruhen von Urumtschi weltweit gegen Aktivitäten des WUC vor. Als Rebiya Kadeer Ende Juli 2009 Japan besuchte, reagierte der chinesische Botschafter verärgert (*Kyodo*, 27.7.2009). Im Vorfeld des Besuchs hatte Peking sich um eine Verweigerung des Visums für Frau Kadeer bemüht. Das chinesische Außenministerium verurteilte die Reise und erteilte einer Anfrage für einen Besuch japanischer Marine-Einheiten in China eine Absage (*Bloomberg*, 18.8.2009 / *New York Times*, 20.10.2009 / *BBC*, 27.7.2009 / *International Business Times*, 28.7.2009). Angesichts der chinesischen Proteste bemühte sich die Regierung in Tokio, die Bedeutung des Besuchs von Kadeer herunterzuspielen (*BBC*, 29.7.2009).

Nicht anders erging es Taiwan, als Kadeer im September 2009 einen Besuch auf der Insel ankündigte. Innenminister Jiang Yi-huah verweigerte nach massivem Druck aus Peking mit Rücksicht auf „nationale Interessen und die soziale Ordnung“ die Ausstellung eines Visums (*BBC*, 25.9.2009 / *Taipei Times*, 9.10.2009). Die Entscheidung löste einen Sturm der Entrüstung in Kreisen taiwanesischer Oppositionspolitiker aus. Sie unterstellen seit langem der taiwanesischen Regierung, zu viel Rücksicht auf Peking zu nehmen. Schließlich sah sich Taiwans Präsident Ma Ying-jeou zu der Klarstellung genötigt, dass Taiwans Regierung Kadeer nicht als „Terroristin“ betrachte (*Agence France Presse*, 23.10.2009).

Als das Filmfestival in der südtaiwanesischen Stadt Kaohsiung im September 2009 ankündigte, den Dokumentarfilm „Die zehn Bedingungen der Liebe“ über Rebyia Kadeer auszustrahlen, hagelt es erneut Proteste aus China. So forderte das chinesische „Büro für Taiwan-Fragen“ die Stadt Kaohsiung auf, nicht die guten Beziehungen mit Festland-China aufs Spiel zu setzen (*Xinhua*, 20.9.2009). Eine taiwanesische Delegation von Tourismus-Experten wurde gebeten, China zu einem späteren Zeitpunkt zu besuchen, da die Reise zurzeit unpassend sei (*Agence France Presse*, 21.10.2009). Chinesische Hacker verschafften sich Zugang zur Webseite des Filmfestivals und beschimpften die Organisatoren des Festivals. Auf der Webseite des Festivals hinterließen sie die Nachricht: „Gegen Xinjiangs Separatisten, gegen Tibets Separatisten und einen glücklichen 60. Geburtstag für die Volksrepublik China!“ (*China Daily*, 22.9.2009). Die Buchungszahlen von chinesischen Touristen in den Hotels der Stadt gingen um 30 Prozent zurück. China bestritt zwar einen Boykott Süd-Taiwans, aber die Zahlen waren so besorgniserregend, dass der Film aufgrund des Druckes aus Wirtschaftskreisen nicht während des Festivals, sondern eine Woche zuvor gezeigt wurde (*Bernama*, 28.10.2009 / *Associated Press*, 21.9.2009).

Neuer Ärger in Taiwan ist vorprogrammiert, da im Februar 2010 die Organisation *Guts United Taiwan* ankündigte, erneut Kadeer auf die Insel einzuladen (*Radio Taiwan International*, 12.2.2010).

Auch in Australien gab es Streit um die Vorführung des Dokumentarfilms beim Filmfestival in Melbourne am 8. August 2009. Peking forderte eine Absetzung des Films (*The Age*, 28.7.2009). Der Leiter des Festivals, Richard Moore, zeigte sich verwundert, mit welcher Selbstverständlichkeit Chinas Regierung eine Absetzung des Films aus dem Programm verlangte. Eine Diplomatin des Chinesischen Konsulats in Melbourne forderte ihn sogar auf, die Aufnahme des Films in das Festival-Programm zu rechtfertigen. Zwei chinesische Film-Regisseure sagten aufgrund des Streits ihre Teilnahme an den Festspielen ab (*BBC*, 22.7.2009). Als die Organisatoren in Melbourne

auf einer Vorführung des Films bestanden, drangen chinesische Hacker in die Webseite des Festivals ein, ersetzten die Werbung für die Filme mit der chinesischen Flagge und diffamierten Kadeer mit abwertenden Bemerkungen (*BBC*, 26.7.2009 / *Reuters*, 27.7.2009).

Als Kadeer im August 2009 zur Premiere des Films Australien besuchte, kam es zu neuen Spannungen zwischen Australien und der Volksrepublik. Vergeblich forderte China, ihr die Einreise zu verweigern. Premierminister Kevin Rudd stellte daraufhin klar, dass die australische Regierung darüber entscheide, wer einreisen dürfe, und nicht Peking (*The Australian*, 21.8.2009). Außenminister Stephen Smith bekräftigt jedoch gegenüber der chinesischen Regierung, dass die Visa-Angelegenheit nichts daran ändere, dass Australien die territoriale Integrität Chinas respektiere (*Sky News*, 7.8.2009). Als im Februar 2010 ein Filmclub in West-Australien den Dokumentarfilm noch einmal zeigte, schlug dies so hohe Wellen, dass auch das australische Außenministerium alarmiert reagierte (*The Australian*, 13.2.2010). Erneut protestierte die chinesische Regierung. Eine ursprünglich für den 17. Dezember 2009 geplante Ausstrahlung des Films durch den Fernsehsender ABC fand nicht statt. Der australische Sender hatte zwar die Ausstrahlungsrechte gekauft, dann aber doch davon Abstand genommen, den Film in das Programm aufzunehmen (*The Australian*, 13.2.2010). Zwar dementierte der Sender jede äußere Einflussnahme, doch wurde signalisiert, dass der Film nach den vielen Protesten nicht ausgestrahlt werden konnte, ohne dass auch die Kritiker zu Wort kommen (*The Australian*, 15.2.2010). Kritiker bezeichnen dies als Export chinesischer Zensur, die auch in der Volksrepublik oft zunächst in einer Selbstzensur besteht, um keinen unnötigen Ärger zu provozieren (*BBC*, 2.11.2009).

Vergeblich drängten Diplomaten der chinesischen Botschaft den „Nationalen Presseclub Australiens“ dazu, während des Australien-Besuches von Frau Kadeer die geplante Ausstrahlung einer Rede von ihr im Fernsehen abzusagen (*BBC*, 11.8.2009). Australien warnte daraufhin China vor einer weiteren Eskalation seiner Kampagne gegen Kadeer (*Agence France Presse*, 11.8.2009). China reagiert auf den Streit mit der Absage der Teilnahme des stellvertretenden Außenministers He Yafei an einem Gipfeltreffen der 16 Pazifikstaaten in Cairns (Australien) im August 2009 (*Associated Press*, 18.8.2009). Nach den zahlreichen Verstimmungen im bilateralen Verhältnis näherten sich beide Staaten erst Ende Oktober 2009 wieder an. Mit der Entsendung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Keqiang signalisierte Peking sein Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen (*AAP*, 29.10.2009).

In Neuseeland gab es ebenfalls Streit um die Ausstrahlung des Dokumentarfilms über das Leben Kadeers. Der stellvertretende chinesische Botschafter Zhou Heng intervenierte persönlich bei dem Sender *Maori Television*, doch der Sender hielt an einer Ausstrahlung des Films fest (*Epoch Times*, 13.8.2009). Eine Absetzung des Films würde die Glaubwürdigkeit Neuseelands in Frage stellen, argumentieren führende Zeitungen des Landes (*New Zealand Herald*, 31.8.2009 / *NZPA*, 1.9.2009). Doch in gewisser Weise gab der Fernsehsender dem chinesischen Druck doch nach und strahlte unmittelbar nach dem Porträt Kadeers den umstrittenen Film „Xinjiang Urumtschi July 5 Riot: Truth“, der weitestgehend die offizielle chinesische Sicht der Unruhen wiedergab (*New Zealand Herald*, 1.9.2009).

Der Produzent des einstündigen Dokumentarfilms berichtete über Schwierigkeiten bei der internationalen Vermarktung des Filmes. Viele Fernsehsender seien bei dem Ankauf

von Ausstrahlungsrechten zurückhaltend, da der Film ein zu umstrittenes und schwieriges Thema behandelte (*Reuters*, 27.10.2009).

Auf Einladung der „Grünen Partei“ besuchte Kadeer im Oktober 2009 Neuseeland. Zwar gab es keinen Streit um die Einreise, da ihr ohne Protest aus Peking ein Visum ausgestellt wurde (*New Zealand Herald*, 9.10.2009). Doch die Universität Auckland verweigerte aus „Sicherheitsgründen“ den gebuchten Raum für eine Großveranstaltung. Keith Locke, Parlamentsabgeordneter der Grünen, hielt das Sicherheitsargument für nicht stimmig und vermutete, dass die Universität mit der umstrittenen Veranstaltung China nicht brüskieren wollte. Schließlich ermöglichte ein Jura-Professor der Universität, dass Kadeer doch auf dem Campus sprechen konnte. Sein ungewöhnliches Engagement begründete der Professor mit der Bedeutung der Exil-Uiguren. Ihre Stimme müsse unbedingt Gehör finden, erklärte der Jurist (*New Zealand Press Agency*, 12.10.2009). Rund 20 chinesische Gegen-Demonstranten protestierten vor der Universität gegen den Besuch Kadeers (*New Zealand Herald*, 14.10.2009).

6.2 Reisefreiheit von Uiguren wird eingeschränkt

Nicht nur Rebiya Kadeer wurde und wird in ihrer Bewegungsfreiheit in der Welt systematisch von Chinas Behörden eingeschränkt, indem China regelmäßig gegen die Vergabe von Einreise-Visa für die Präsidentin des „Weltkongresses der Uiguren“ protestiert. Seit mehreren Jahren verbreiten chinesische Botschaften weltweit „Schwarze Listen“ von uigurischen Menschenrechtlern und Repräsentanten uigurischer Exil-Organisationen, denen die Einreise zu verweigern sei.



Photo: GfbV

In den letzten Monaten verstärkte die Volksrepublik im Rahmen ihrer Kampagne gegen den WUC ihre Bemühungen um eine Einschränkung der Reisefreiheit bedeutender uigurischer Repräsentanten, die im Exil leben. Besonders deutlich bekam dies der in München lebende Generalsekretär des WUC, Dolkun Isa (siehe Photo links) zu spüren. Als er auf Einladung zweier Universitätsinstitute am 16. September 2009 für Vortragsveranstaltungen in die südkoreanische Hauptstadt Seoul reisen wollte, wurde er am Flughafen an der Einreise gehindert. Da er über einen deutschen Pass verfügt, benötigt er normalerweise kein Visum für die Einreise nach Südkorea. Isa wurde nicht verhaftet, durfte den Transitbereich des Flughafens aber nicht verlassen. In mehreren Verhören wurden Isa von den südkoreanischen Behörden keine Gründe für die Verweigerung der Einreise gegeben. Die ermittelnden Beamten räumten auf Anfrage jedoch ein, dass auch die chinesische Botschaft bereits vorstellig geworden sei. So wuchs die Sorge um die Sicherheit des Menschenrechtlers.

Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* alarmierte die Deutsche Botschaft in Seoul und verschiedene Bundestagsabgeordnete sowie deutsche Politiker, die Isa in den vergangenen Jahren empfangen hatten. Die Deutsche Botschaft setzt sich engagiert für seine baldige Freilassung ein. Ihr wurde mitgeteilt, dass gegen Isa ein Interpol-Haftbefehl vorliege, der von China beantragt worden war. Chinesische Behörden verdächtigten den Uiguren, vor seiner Flucht nach Deutschland für „terroristische Organisationen“ geworben zu haben. Schließlich durfte Isa nach zwei Tagen Aufenthalt im Transitbereich wieder ein Flugzeug nach Deutschland besteigen. *Amnesty International* begrüßte seine sichere Rückkehr, kritisierte jedoch die Verweigerung seiner Einreise nach Südkorea.

Auch Taiwan verweigerte Isa unter Verweis auf den Haftbefehl die Einreise (*Taipei Times*, 22.7.2009). Die Einschränkung der Reisefreiheit von Dolkun Isa zeigt, wie chinesische Behörden gezielt gegen Exil-Uiguren vorgehen und die Arbeit von Menschenrechtlern kriminalisieren.

6.3 Spionage gegen Exil-Uiguren

Am 24. November 2009 wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft gegen vier in Deutschland lebende Uiguren ermittelte, die verdächtigt wurden, im Auftrag des Chinesischen Generalkonsulats in München Exil-Uiguren ausgespäht zu haben. In München leben rund 700 Uiguren. Es ist die größte uigurische Gemeinde in Mittel- und Westeuropa. Auch sind in München mehrere Organisationen der Exil-Uiguren ansässig, die von den chinesischen Behörden als „terroristisch“ bezeichnet werden. Deutsche Behörden sahen jedoch niemals Veranlassung, gegen diese Organisationen - wie von China gewünscht - vorzugehen, weil sie das Grundgesetz und die deutsche Rechtsordnung beachten. Die mutmaßliche Agentengruppe soll aus dem Generalkonsulat Chinas in München gesteuert werden (*Die Zeit*, 24.11.2009). Mehrfach hatten Mitarbeiter des „Weltkongresses der Uiguren“ in den letzten Monaten Drohungen erhalten.

Auch in Schweden ließ die chinesische Botschaft Exil-Uiguren ausspähen. So ermittelte die Staatsanwaltschaft in Stockholm gegen einen 62 Jahre alten gebürtigen Uiguren aus China, der in den 90er Jahren als Flüchtling nach Schweden kam und heute die schwedische Staatsbürgerschaft besitzt. Babur Maihesuti wurde verdächtigt, fünfzehn Exil-Uiguren ausspioniert zu haben und seine Erkenntnisse an einen Mitarbeiter der Chinesischen Botschaft und an einen chinesischen Botschafter weitergegeben zu haben (*Agence France Presse*, 15.12.2009 / *The Christian Science Monitor*, 14.7.2009 / *Radio Free Asia*, 24.6.2009). Der Mann war im Juni 2009 festgenommen worden. Am 8. März wurde der Uigure wegen Spionage zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt (BBC, 8.3.2010).

Einen ähnlichen Fall gibt es in Pakistan. Der 41 Jahre alte Uigure Kamirdin Abdurahman, der in zweiter Generation in Pakistan lebt, reiste am 18. Oktober mit einer Gruppe von 30 Pakistanis und Uiguren auf dem Landweg nach Xinjiang ein. Ihr Ziel war Urumtschi, das sie seit den Unruhen vom Juli 2009 nicht mehr gesehen hatten. Sofort wurden die Uiguren bei der Einreisekontrolle von den anderen Reisenden getrennt. Später wurde in Kashgar sein Pass von der Polizei beschlagnahmt. Er wurde gefesselt und verhört.

Fünfzehn Tage lang wurde er festgehalten und zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er sich negativ geäußert habe. Später besuchten ihn drei Polizeibeamte - zwei Han-Chinesen und ein Uigure - in seiner Zelle und forderten ihn auf, für den Sicherheitsdienst zu spionieren. Sie erklärten ihm, sie hätten seine Geldstrafe bezahlt und befahlen ihm, Exil-Uiguren in Pakistan auszuspähen und Mitglied der Kulturorganisation *Omer Uyghur Trust* zu werden. Mehrfach hatte China in den letzten Jahren eine Schließung des kritischen Kulturvereins durchsetzen wollen. Außerdem sollte er eine Liste darüber erstellen, wer sich an anti-chinesischen Aktivitäten beteilige. Im Gegenzug versprach man ihm freie Einreise nach China, und dass man ihn in Ruhe seine Geschäfte machen lassen und seine Familie nicht behelligen werde (Radio Free Asia, 2.12.2009).

Mehrfach sind in den letzten Jahren in Pakistan lebende Uiguren bei Besuchen in China von Sicherheitskräften unter Druck gesetzt worden, um sie zur Spionage zu zwingen

6.4 Repressalien gegen Kadeers Familie

Die Kampagne gegen Rebiya Kadeer gipfelte in der Veröffentlichung eines Briefes dreier in China lebender Familienangehöriger, in dem sie ihrer Mutter vorwarfen, die Unruhen in Urumtschi geschürt zu haben. Der am 3. August 2009 von staatlichen chinesischen Medien in Auszügen veröffentlichte Brief wurde von ihrem Sohn Khahar, ihrer Tochter Roxingul und ihrem jüngeren Bruder Memet unterzeichnet (*Xinhua*, 3.8. 2009). „Wir möchten ein stabiles und sicheres Leben hier“, erklären die Unterzeichner. „Zerstöre nicht unser glückliches Leben hier“. Allein diese Formulierung machte den Brief unglaublich, da Khahar Abdureyim, ihr ältester Sohn, vor einigen Jahren im Rahmen der von China praktizierten „Sippenhaft“ zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Ihre Tochter und ihr jüngerer Bruder wurden seit Jahren unter Hausarrest festgehalten, um die im Ausland lebende Mutter zu drängen, sich nicht mehr kritisch öffentlich zu äußern. Ihre beiden Söhne Ablikim Abdureyim und Alim Abdureyim wurden sogar unter einem Vorwand zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre „Geständnisse“ wurden unter Folter erpresst. Wahrhaft ein „glückliches Leben“, das die in China verbliebenen Familienangehörigen Kadeers führen!

In einem weiteren Brief an Han-Chinesen, die im Juli 2009 Opfer gewaltsamer Übergriffe von Uiguren wurden, warfen die Angehörigen Kadeer und dem *WUC* vor, für die Gewalt verantwortlich zu sein. Angesichts der seltsamen Formulierungen ist davon auszugehen, dass die Angehörigen von den chinesischen Behörden dazu gezwungen wurden, die Briefe zu unterzeichnen. Auch Rebiya Kadeer und der *WUC* bestreiten, dass die Briefe freiwillig von den Familienangehörigen unterschrieben wurden (*Radio Free Asia*, 3.8.2009). Kadeer zeigte sich tief besorgt über das Schicksal ihrer in China verbliebenen Angehörigen, die immer wieder als Druckmittel gegen sie eingesetzt werden (*Agence France Presse*, 5.8.2009). Den chinesischen Behörden warf die Uigurin „psychologische Folter“ ihrer Kinder vor. Die US-Regierung appellierte daraufhin an Peking, Strafmaßnahmen gegen Familienangehörige der in den USA im Exil lebenden Präsidentin des *WUC* zu unterlassen (*Agence France Presse*, 27.8.2009).

Doch die chinesischen Behörden ließen sich von diesem Appell nicht beeindrucken. Ihre Kinder und Enkel wurden im August 2009 aufgefordert, aus dem Firmensitz der Familie

Kadeer in Urumtschi auszuziehen. Seit Jahren stand das Gebäude unter Bewachung der chinesischen Polizei und Sicherheitsdienste. Filmarbeiten ausländischer Korrespondenten in der Nähe des Gebäudekomplexes wurden regelmäßig verboten. Mehrere Geschäfte, die sich in den drei Gebäuden befanden, mussten auf Anordnung der Behörden am 7. September 2009 schließen. Unter dem Vorwand, Risse im Mauerwerk gefährdeten die Stabilität der Gebäude, ordneten die Behörden im September 2009 an, das Akida-Einkaufszentrum niederzureißen (*Xinhua*, 9.9.2009).

Bis zu 500 uigurische Geschäfte waren früher in dem der Familie Kadeer gehörenden Gebäudekomplex ansässig. In den 80er und 90er-Jahren hatte Rebiya Kadeer hier ein großes Textil-Handelshaus aufgebaut und wurde zu einer der reichsten Frauen Chinas. Da sie einen Teil des Gewinns für Sozialprojekte für verarmte uigurische Frauen zur Verfügung stellte, genoss sie unter den Uiguren viel Ansehen. Chinas Machthaber versuchten daraus Gewinn zu ziehen und machten sie zur Abgeordneten im chinesischen Parlament: Kadeer vertrat China offiziell bei der Weltfrauenkonferenz in der chinesischen Hauptstadt im Jahr 1995. Erst als sie im chinesischen Parlament öffentlich Kritik an Chinas Nationalitätenpolitik übte und ihr Ehemann Sidik Rouzi in den USA um politisches Asyl ersuchte, fiel sie politisch in Ungnade und wurde in einem unfairen Gerichtsverfahren im Jahr 1999 wegen „Verletzung von Staatsgeheimnissen“ zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Zerstörung ihres Handelshauses ist sehr symbolisch. Wie im benachbarten Tibet, wo China versucht, alle Spuren des Dalai Lama auszulöschen und sogar den Besitz von Fotos seiner Heiligkeit unter Strafe stellt, so bemühen sich die Behörden in Xinjiang, alle Erinnerungen an Kadeers Wirken zu tilgen.

6.5 Persönliche Angriffe auf Ehemann Kadeers



Photo: GfbV

Wenige Tage nach den Unruhen griff die staatliche chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* öffentlich Sidik Rouzi an, den meist im Schatten seiner bekannteren Ehefrau stehenden Gatten von Rebiya Kadeer. Rouzi ist Schriftsteller und verbrachte acht Jahre seines Lebens als politischer Häftling in chinesischen Gefängnissen. Im April 1996 floh er in die USA, nachdem er informiert worden war, dass eine erneute Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Die Nachrichtenagentur *Xinhua* zitierte ehemalige Schulfreunde Rouzis, den Schriftsteller als „Unruhestifter“ und „Schande“ ihres Dorfes darstellen (*Xinhua*, 16.7.2009). „Jahrelang hat dieser Mann nichts Gutes für uns getan; stattdessen haben er und seine Frau nur Verbrechen begangen, die den Tod von alten Freunden verursachten“, sagt der 65 Jahre alte Abulikmu Tielwardi.

6.6 Dialog mit Exil-Uiguren wird verweigert

Alle Bemühungen Kadeers um einen Dialog mit der chinesischen Führung blieben bislang erfolglos. Vor dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments hatte die Präsidentin des WUC am 28. August die chinesische Regierung zu Gesprächen aufgefordert, um nach politischen Lösungen für die Konflikte zu suchen (*Agence France Presse*, 1.9.2009). Hou Hammin, Sprecherin der lokalen Regierung in Xinjiang, lehnte den Vorschlag brüsk am 30. August 2009 ab. Kadeer sei durch nichts dazu legitimiert, mit der chinesischen Regierung zu sprechen (*Global Times / Agence France Presse*, 3.9.2009).

6.7 Kein Schutz für uigurische Flüchtlinge in Kambodscha und Burma

Trotz der Proteste von Menschenrechtsorganisationen und Regierungen mehrerer Staaten wurden am 19. Dezember 2009 zwanzig uigurische Flüchtlinge aus Kambodscha nach China abgeschoben. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch zwei Kinder im Alter von einem Jahr und sechs Monaten. Sie stammten aus Urumtschi und waren nach den Unruhen mit Hilfe christlicher Missionare geflohen (*Associated Press*, 19.12.2009). Die Flüchtlinge hatten sich im Dezember 2009 beim Büro des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) in Kambodscha gemeldet und um Schutz gebeten. China hatte vor einer Aufnahme von "Kriminellen" gewarnt und forderte ihre Auslieferung, um ihnen in der Volksrepublik wegen ihrer „Verbrechen“ den Prozess zu machen (*Agence France Presse*, 16.12.2009). Peking begrüßte die Abschiebung der Flüchtlinge und sicherte zu, ihnen werde ein ordnungsgemäßer Prozess gemacht (*RTTNews*, 21.12.2009 / *New York Times*, 13.2.2010).

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* weist darauf hin, dass abgeschobene ethnische Uiguren in der Volksrepublik meist spurlos in Gefängnissen verschwinden (*BBC*, 29.1.2010).

Die Abschiebung erfolgte nur zwei Tage vor dem seit längerem geplanten Besuch des Stellvertretenden Chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Kambodscha. Die kambodschanisch-chinesischen Beziehungen seien beispielhaft für freundliche Kooperation, erklärte ein kambodschanischer Regierungssprecher. Beide Staaten unterzeichneten Handelsverträge im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar (*Associated Press*, *New York Times*, 22.12.2009). China dementierte jeden Zusammenhang zwischen der Abschiebung und dem großzügigen Hilfsprogramm für das Nachbarland.

Auch in Burma / Myanmar gibt es keinen wirksamen Schutz für uigurische Flüchtlinge. Ende Januar 2010 wurden 17 Uiguren und ein Han-Chinese aus Burma in ihre Heimat abgeschoben. Burma gilt als einer der treuesten Bündnispartner Chinas. Die Volksrepublik ist der größte staatliche Investor in dem Nachbarland und baut Dutzende Staudämme und andere Großprojekte in Burma.

7. Die systematische Unterdrückung der Uiguren

7.1 Peking will keine Reform der Nationalitätenpolitik

Die Nationalitätenpolitik Chinas wird nicht grundsätzlich geändert werden, erklärte der für das staatliche „Komitee für Ethnische Angelegenheiten“ zuständige Minister Yang Jing nach den Unruhen in Urumtschi (*Xinhua*, 30.9.2009). Für den stellvertretenden Ministerpräsident Hui Liangyu sei die Nationalitätenpolitik einer der Eckpfeiler, um die Stabilität der Volksrepublik zu sichern (*Xinhua*, 22.12.2009). Dringend müssten die ethnische Einheit und die Harmonie im Land noch weiter gefördert werden. Momentan seien die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen harmonisch und großer Fortschritt werde bei den Bemühungen um ethnische Einheit erzielt, erklärte Liangyu. Wohl mehr Wunschdenken als Wirklichkeit. Selbst ein Blick in das massiv zensierte Staatsfernsehen müsste den stellvertretenden Ministerpräsidenten nachdenklich stimmen und alarmieren. Die jüngsten Proteste in Urumtschi und die Auseinandersetzungen in Lhasa sowie vielen anderen tibetischen Städten im Frühjahr 2008 haben illustriert, wie groß die Gräben des Unverständnisses zwischen bedeutenden Bevölkerungsgruppen bereits sind. Niemals stand es so schlecht um die Beziehungen zwischen Han-Chinesen auf der einen Seite, und Uiguren sowie Tibetern auf der anderen Seite.

Statt über die Ursachen der zunehmenden Konflikte nachzudenken und gegebenenfalls neue Ansätze in der gescheiterten Nationalitätenpolitik zu suchen, setzt Peking auf Kontinuität und Wegschauen. Nicht Gespräche mit den Betroffenen und mit Personen ihres Vertrauens will Peking führen, sondern einzig auf die Staatsgewalt setzen, um seine Interessen in Ostturkestan und Tibet durchzusetzen. Statt auf Lösung der Probleme setzt Peking auf Eindämmung. So werden die Sicherheitsausgaben in Xinjiang fast um 90 Prozent gesteigert. Immer mehr Bereitschaftspolizisten, Polizisten und Soldaten werden in den Nordwesten des Landes gesandt, um die „Einheit“ militärisch zu sichern. Man arbeitet nicht an einer weiteren Umsetzung des Regionalen Ethnischen Autonomie Gesetzes von 1984. Man setzt sich nicht für eine tatsächliche Autonomie Xinjiangs ein. Statt einen glaubwürdigen Dialog zu beginnen und sich über die Bedürfnisse und Wünsche der lokalen Bevölkerung zu informieren, werden immer neue Gesetze verabschiedet, die jede offene Diskussion der Unzulänglichkeiten der heutigen Nationalitätenpolitik unmöglich macht. Wer trotzdem die Debatte sucht, muss damit rechnen, kriminalisiert und zum Terroristen erklärt zu werden.

7.2 Uiguren kritisieren Ansiedlung von Han-Chinesen

Die stetige Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch immer mehr zuwandernde Han-Chinesen, die sich zumindest für eine gewisse Zeit in der Region niederlassen, ist eines der größten Probleme im Streit zwischen den Uiguren und der chinesischen Regierung um die Zukunft der Region.

Demographische Zahlen aus dem 19. Jahrhundert belegen, dass die Uiguren traditionell die weitaus größte Bevölkerungsgruppe Ostturkestans stellten. So stellten die Uiguren im Jahr 1887 bei einer Gesamtbevölkerung der Region von 1,23 Millionen Menschen

immerhin 1,13 Millionen Personen, und damit mehr als 90 Prozent der Einwohner Nordwestchinas (*Eurasian Crossroads: A History of Xinjiang*, James Millward, 2007, S. 152).

1941 machten die Uiguren immer noch 80 Prozent der Bevölkerung aus (Kasachen 8,7 Prozent, Han-Chinesen 5 Prozent).

Im Jahr 1982 stellten die Uiguren nur noch 45,8 Prozent der Bevölkerung (Han-Chinesen 40,4 Prozent, Kasachen 6,9 Prozent).

Im Jahr 2000 sollten die Uiguren gemäß offiziellen Zahlen nur noch 45,2 Prozent der Bewohner ausmachen (Han-Chinesen 40,6 Prozent, Kasachen 6,7 Prozent).

Zwischen den Jahren 1990 und 2000 hat der Anteil der Han-Chinesen an der Bevölkerung um 32 Prozent zugenommen. Wahrscheinlich sind die tatsächlichen Zahlen han-chinesischer Bewohner sogar noch deutlich höher, da in keiner Statistik Soldaten, Bereitschaftspolizisten sowie Mitarbeiter des paramilitärischen Aufbaucorps (*Xinjiang Production and Construction Corps, XPCC*, überwiegend ehemalige Soldaten, die entlang der Staatsgrenzen zur Sicherung des Territoriums angesiedelt werden) und die stetig steigende Zahl von chinesischen Migranten erfasst werden.

Besonders entlang der Eisenbahnlinien und in den größeren Städten lassen sich zehntausende Han-Chinesen nieder. Mit steuerlichen Anreizen und anderen Vergünstigungen werden die Neuansiedler aus dem Osten Chinas von den Behörden in den Nordwesten des Landes gelockt. Die Uiguren fordern eine Beschränkung der Zuwanderung, um eine dramatische Veränderung der Bevölkerungsstruktur abzuwenden, die langfristig die Uiguren zu einer vernachlässigenden Minderheit in ihrer eigenen Region machen würde.

Die Uiguren fürchten eine systematische Sinisierung ihrer Region. Schon heute haben Städte wie Urumtschi weitestgehend ihren uigurischen Charakter verloren. Innerhalb weniger Jahre sind sie zu austauschbaren chinesischen Metropolen geworden. Uiguren befinden sich dort oft in der Minderzahl. Die langfristige Erhaltung ihrer Kultur und Identität ist unter solchen Bedingungen kaum möglich. In Regionen, in denen die Zerstörung der alten Siedlungsstruktur noch nicht so weit fortgeschritten ist, setzen chinesische Behörden wie in der Stadt Kashgar mit Bulldozern an, um die Altstadt unter fadenscheinigen Begründungen niederzureißen und um ein modernes chinesisches „Kashi“ aufzubauen.



Doch in dieser neuen chinesischen Stadt fühlen sich viele Uiguren fremd (siehe *GfbV-Menschenrechtsreport Nr. 60, Rettet Kashgar, Schatz der Seidenstrasse in Gefahr – Chinas Behörden lassen Altstadt Kashgars niederreißen*, Juli 2009).

Photo: GfbV

7.3 Uiguren verlangen Gleichbehandlung mit Han-Chinesen

In den regelmäßig von staatlichen Stellen veröffentlichten „Weißbüchern“ und Entwicklungsberichten werden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung unter den Nationalitäten besonders hervorgehoben. So erklärte die chinesische Regierung in ihrem jüngsten Weißbuch zur Lage der Nationalitäten, dass unter Chinas Minderheiten im Jahr 2008 nur noch 7,7 Millionen Menschen arm seien, während es im Jahr 1985 es noch 40 Millionen gewesen seien (*Xinhua*, 28.9.2009). Das klingt eindrucksvoll für Außenstehende, doch bei den meisten Angehörigen der Minderheiten lösen solche abstrakten Zahlenwerke von übererfüllten Plänen nur ungläubiges Staunen aus.

Diese Menschen empfinden ihre Lage meist nicht als verbessert. Sie vergleichen ihre Lebensumstände mit den Verhältnissen ihrer han-chinesischen Nachbarn und fühlen sich zurückgesetzt und ungleich behandelt. Immer wieder schildern sie ihren Eindruck einer Klassengesellschaft, in dem ihnen aufgrund nicht ausreichender Kenntnisse des Chinesischen und falscher ethnischer Abstammung meist nur ein Leben als „Bürger zweiter Klasse“ bleibt.

Vor allem bei der Vergabe von Arbeitsstellen fühlen sie sich systematisch benachteiligt. Viele Han-Chinesen stellten nur Landsleute ein, sei es aus Solidarität, aus Angst vor kultureller Entfremdung, aufgrund von Vorurteilen („Uiguren arbeiten weniger hart als Han-Chinesen“) oder aufgrund der Geringschätzung seitens der lokalen Bevölkerung. In bestimmten strategisch bedeutsamen Industriebranchen (Erdölindustrie etc.) werden grundsätzlich kaum Uiguren eingestellt, da sie politisch nicht als zuverlässig gelten.

Sowohl Frauen als auch Uiguren werden oft bei Einstellungsverfahren der öffentlichen Hand in Xinjiang benachteiligt. Dabei sehen sowohl das Autonomie-Gesetz Xinjiangs von 1984 als auch verschiedene weitere chinesische Gesetze eine Gleichbehandlung von Frauen und Angehörigen einer Minderheit vor. Besonders extrem ist die Diskriminierung von Uiguren beim paramilitärischen *Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps (XPCC)*, welches fast ausschließlich Han-Chinesen einstellt.

Viele Arbeitgeber unterstellen Uiguren, dass sie sich im Zweifelsfalle immer für ihre Landsleute und nicht für die Belange von Han-Chinesen einsetzen würden. Die Unruhen in Urumtschi haben das Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen noch weiter geschürt, so dass es heute für Uiguren noch schwieriger ist, bei Han-Chinesen eine Arbeitsstelle zu bekommen. Mindestens 15 Prozent der Uiguren gelten als arbeitslos. Ein besonders großes Problem sind die vielen Jugendlichen, die alljährlich nach der Schulausbildung auf den Arbeitsmarkt drängen und für die keine angemessene Arbeit gefunden werden kann.

Der angesehene uigurische Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti sieht in der wachsenden Arbeitslosigkeit eines der größten sozialen Probleme der Uiguren. Immer wieder appellierte Tohti auf seinen auch von Han-Chinesen viel gelesenen Webseiten für eine gleichberechtigte Entwicklung für chinesische Zuwanderer und einheimische Uiguren. Mehrfach rief er die Führung der Provinzregierung dazu auf, sich stärker um die große Zahl uigurischer Arbeitslose zu kümmern. Auch gründete er eine Webseite in chinesischer Sprache, *Uyghur Online*, die sich gezielt darum bemüht, Brücken der Verständigung zwischen Uiguren und Han-Chinesen zu bauen. Angesichts unsachlicher

und diffamierender Berichterstattung der offiziellen Medien ist dies ein wichtiger Beitrag, um das allseits verbreitete Misstrauen und den geringen Kenntnisstand über die jeweils andere Ethnie abzubauen. Die einzige Antwort der Lokalregierung auf seine Forderungen war seine Verhaftung nach den Unruhen von Urumtschi.

Es ist bizarr und befremdend, dass die chinesische Regierung, die stetig ihren Wunsch nach Harmonie und ethnischer Einheit betont, gerade die Bürgerinnen und Bürger besonders entschieden verfolgt, die sich tatkräftig für eine glaubwürdige und echte Verständigung zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen einsetzen.

7.4 Pekings gescheiterte Sprachenpolitik

In allen offiziellen Veröffentlichungen stellen sich Chinas Behörden gute Noten für ihre „zweisprachige Sprachenerziehung“ aus. Es sei vorbildlich, wie die uigurische Sprache neben dem Chinesischen gefördert werde, heißt es in den für ausländische Besucher und Journalisten veröffentlichten Werbebroschüren und „Weißbüchern“. Doch mit der Wirklichkeit hat dies wenig zu tun. So macht Nur Bekri, der Vorsitzende der Regionalregierung Xinjiangs, keinen Hehl aus seiner Geringschätzung für die uigurische Sprache: „(...) Terroristen aus Nachbarstaaten umwerben Uiguren, weil diese relativ isoliert sind von der Mehrheitsgesellschaft, da sie nicht Mandarin sprechen können. So werden sie dann in terroristische Aktivitäten hineingezogen“ (*China Daily*, 5.6.2009). Das Zitat macht deutlich, dass Uigurisch aus der Sicht der meisten Han-Chinesen noch immer als die Sprache der Menschen gilt, die nicht am gesellschaftlichen Erfolg und an der Mehrheitsgesellschaft teilhaben wollen.

In den letzten 20 Jahren hat China in Ostturkestan eine Assimilationspolitik betrieben, die regelmäßig verschärft wird. Unter Verletzung chinesischer Gesetze und internationaler Abkommen wird die Uigurische Sprache immer mehr aus den Schulen herausgedrängt und jenseits aller Rhetorik bilingualer Erziehung ein nur auf die chinesische Sprache aufbauendes Bildungssystem geschaffen. So garantiert Artikel 10 des Autonomie-Gesetzes von 1984, dass ethnische Minderheiten die „Freiheit haben, ihre Sprachen zu nutzen und zu entwickeln“. Artikel 37 dieses Gesetzes sieht sogar vor, dass „Schulen, in denen sich vor allem Angehörige ethnischer Minderheiten befinden, wenn immer möglich Bücher benutzen sollten, die in ihren eigenen Sprachen verfasst sind“. Verschärft wurde die Assimilationspolitik ab dem Jahr 2002, als die Regionalregierung beschloss, auch in den ersten zwei Studienjahren an der Universität von Xinjiang die chinesische Sprache verbindlich als Unterrichtssprache einzuführen. Im Jahr 2004 ordnete die Regionalregierung an, die „bilinguale Spracherziehung“ voranzutreiben. In den Schulen bedeutete dies, dass immer mehr allgemeiner Unterricht in chinesischer Sprache gehalten wurde, und nur in Klassen für speziellen Uigurisch-Unterricht die Minderheiten-Sprache noch im Unterricht verwendet wurde (*Xinjiang Daily*, 7.12.2005). Im Jahr 2006 wurde schließlich angeordnet, dass in der Grundschule sofort nur noch in chinesischer Sprache unterrichtet wird. Für die weiterführenden Schulen soll dies bis zum Jahr 2012 eingeführt werden.

Immer weniger Lehrer werden inzwischen in uigurischer Sprache ausgebildet. Zudem benötigen diese Lehrkräfte heutzutage gute Chinesisch-Kenntnisse, um überhaupt in den Schuldienst aufgenommen zu werden. Die Uiguren sehen in dieser fatalen

Entwicklung gezielte Bemühungen der chinesischen Mehrheitsgesellschaft, ihre traditionelle Sprache, Kultur und Identität zu zerstören.

7.5 Glaubensfreiheit wird verletzt

Zwar sichert die chinesische Verfassung Religionsfreiheit zu, doch spätestens seit den Terror-Anschlägen des 11. September 2001 wird die Glaubensfreiheit für Muslime im Nordwesten Chinas im Rahmen des Pekinger „Antiterror-Kampfes“ massiv eingeschränkt. So müssen muslimische Geistliche regelmäßig an patriotischen Umerziehungs-Schulungen teilnehmen, Frauen wird das Tragen von Schleiern verboten, Männer werden immer wieder aufgefordert, keine Bärte zu tragen. Jugendlichen unter 18 Jahren wird verboten, Moscheen zu besuchen. Mehrfach wurden Koran-Schulen gewaltsam aufgelöst und religiöse Feiern willkürlich von Sicherheitskräften gestört und verboten. Religiöse Schriften werden unter dem Vorwand beschlagnahmt, Extremismus zu fördern. Auch wurden Kinder und Jugendliche von ihren Schulen aufgefordert, nicht an religiösen Feierlichkeiten teilzunehmen. Gläubige wurden daran gehindert, an Pilgerfahrten nach Mekka teilzunehmen.

Mehrfach ordneten die Behörden in den Jahren 2007 und 2008 an, dass Staatsangestellte nicht an den Feiern des Fastenmonats Ramadan teilnehmen dürfen. Auch durften Restaurants während des Ramadan auf Anordnung der Behörden nicht schließen. Zwei Betreiber eines muslimischen Restaurants wurden im September 2008 verhaftet, weil sie die Anordnung der Behörden missachtet hatten und ihre Speiselokale während des Ramadan geschlossen hatten. Im August 2008 setzten die Behörden die Rückkehr von Kindern nach Xinjiang durch, die von ihren Eltern für religiöse Studien in andere Provinzen gesandt worden waren. Nach ihrer Rückkehr wurden die Kinder wegen „illegaler religiöser Aktivitäten“ von Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen.

Die vielen Behinderungen der Ausübung der Glaubensfreiheit überraschen umso mehr, da die meisten Uiguren eine gemäßigte Form des Sunnitischen Islam praktizieren, der heute stark von der Folklore sowie den Traditionen und Gebräuchen der Uiguren geprägt ist.

Chinas Behörden sind für massive Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan verantwortlich. Keine andere ethnische Gruppe in der Volksrepublik leidet so sehr unter der willkürlichen Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe sowie unter dem unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch die Staatsmacht. Erklärbar ist diese massive Verfolgung nur mit der großen wirtschaftlichen, strategischen und politischen Bedeutung Xinjangs für die Volksrepublik China: Das an Rohstoffen reiche Ostturkestan ist heute einer der Garanten des wirtschaftlichen Erfolgs der aufstrebenden Weltmacht China.

7.6 Welche Bedeutung Xinjiang für China hat

Mehr als 60 Prozent der Wirtschaft der Region werden von Staatsfirmen kontrolliert. Große Infrastruktur- und Rohstoffprojekte haben den Einfluss der Zentralregierung und

die Abhängigkeit Ostturkestans weiter erhöht. Ostturkestan ist heute auch einer der bedeutendsten Energie- und Rohstofflieferanten der Volksrepublik. Der industrielle Boom im Osten Chinas wäre ohne die preiswerten und strategisch sicheren Rohstoffe in Ostturkestan kaum möglich.

Erdgas: Ostturkestan produzierte im Jahr 2008 mehr als 30 Prozent der Erdgasförderung in China. Das Tarim-Becken ist das größte Erdgasfeld Chinas. Ein Fünftel der gesamten Erdgasproduktion Chinas stammte im Jahr 2008 aus dem Tarim-Becken (*Radio Free Asia*, 13.7.2009). Mit 24 Milliarden Kubikmetern Erdgas war die Region der wichtigste Produzent dieses Rohstoffes im eigenen Land (*People's Daily*, 24.7.2009). Mit festgestellten Fördervorkommen von 17,4 Billionen Kubikmetern haben sich innerhalb von nur einem Jahr die gefundenen Reserven fast verdoppelt (2008: 10,8 Billion Kubikmeter).

Seit in den Jahren 2004/2005 eine erste West-Ost Gas-Pipeline gebaut wurde, werden jährlich 12 Milliarden Kubikmeter durch sie zu den industriellen Zentren im Großraum Schanghai und Hongkong transportiert. Diese Kapazität soll bei voller Auslastung auf bis zu 17 Milliarden Kubikmeter gesteigert werden. Eine zweite Erdgas-Pipeline ist seit Anfang des Jahres 2008 in Bau. Die Baukosten belaufen sich auf mindestens 13 Milliarden US-Dollar. Sie soll über eine Strecke von 8.653 Kilometern geführt werden und 14 Provinzen umspannen. Eine dritte West-Ost Pipeline soll bis zum Jahr 2014 errichtet werden und vor allem den Import von Erdgas aus zentralasiatischen Staaten ermöglichen (*Bloomberg*, 25.11.2009). Es wird bereits an den Bau einer vierten und fünften Gas-Transport-Leitung gedacht

China will bis zum Jahr 2015 seinen Erdgas-Konsum verdoppeln. Im Jahr 2009 stieg Chinas Erdgas-Einfuhr um 7,7 Prozent (*Xinhua*, 16.2.2010).

Erdöl: Ostturkestan wurde im Jahr 2008 mit einer Förderung von 27,4 Millionen Tonnen zum zweitgrößten Erdgasproduzenten Chinas. Zwischen den Jahren 1997 und 2007 belegte die Region nur den dritten Platz unter den Förderregionen. Jeden Tag wurden darüber hinaus durch eine Pipeline und per Zug 115.000 Barrel Öl aus Kasachstan importiert (*Radio Free Asia*, 14.9.2009). Allein im Tarim-Becken liegen 497 Millionen Tonnen Öl an Reserven, wurde im Jahr 2009 festgestellt (*Xinhua*, 1.8.2009).

Im Junggar-Becken befinden sich nochmals 10,7 Milliarden Tonnen an Öl und Ergas. Insgesamt werden die Öl-Reserven Ostturkestans auf 20,9 Milliarden Tonnen geschätzt.

Im September 2009 begannen die Behörden damit, erstmals eine strategische Öl-Reserve in Xinjiang aufzubauen. Ab Oktober 2010 sollen in der 5,4 Millionen Kubikmeter großen Reserve Öl-Bestände aus Kasachstan und Russland eingelagert werden (*Agence France Presse*, 25.9.2009).

Im Februar 2010 entdeckte die *China Petroleum and Chemical Corporation (Sinopec)* ein Vorkommen von 100 Millionen Tonnen Öl in der Nähe von Urumtschi (*Bloomberg*, 12.2.2010).

Die *China National Petroleum Corporation (CNPC)* will bis zum Jahr 2014 rund 40,9 Milliarden US-Dollar in den Bau von Raffinerien, Pipelines, Öl-Reserven und Petrochemischen Betrieben in Xinjiang investieren (*China Daily*, 30.10.2009).

Chinas Öl-Bedarf könnte sich nach Schätzungen bis zum Jahr 2020 auf rund 600 Millionen Tonnen im Jahr belaufen (*Xinhua*, 23.9.2009).

China verfügt inzwischen über ein Netz von 50.000 Kilometern Erdöl- und Erdgas-Pipelines. Es wird immer schwerer, die Sicherheit der Pipelines zu garantieren. Zwischen den Jahren 2002 und 2006 registrierte die *CNPC* rund 18.400 Öl-Diebstähle, die das Unternehmen 72 Millionen US-Dollars kosteten (*China Daily*, 6.1.2010). Aber es wird auch immer schwerer, Pipelines vor möglichen Anschlägen zu schützen.

Kohle: Ostturkestan verfügt über rund 40 Prozent der Kohle-Vorräte Chinas (2,2 Billionen Tonnen). Im Jahr 2008 wurden rund 67,7 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Im Jahr 2010 rechnet man mit einer Förderung von 100 Millionen Tonnen (*Xinhua*, 24.8.2009).

Im April 2009 wurde in Hami (San Tanghu-Becken) ein Kohle-Vorkommen von zwei Milliarden Tonnen entdeckt (*People's Daily*, 13.5.2009).

Rund 139 neue Kohlegruben sollen im Laufe des Jahres 2010 in Xinjiang eröffnet werden (*Xinhua*, 24.8.2009). Die *China National Coal Group*, der zweitgrößte Kohle-Förderer in China, kündigte im Mai 2009 neue Investitionen in Ostturkestan im Wert von 15 Milliarden US-Dollars an.

Nickel: Im Jahr 2007 wurden in Ostturkestan neue Nickel-Reserven von 900.000 Tonnen entdeckt.

Gold: Rund 52 Unternehmen sind im Gold-Bergbau im Südwesten Xinjiangs tätig. Im Jahr 2009 dürften sie etwas mehr als 9 Tonnen Gold fördern, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 14,3 Prozent (*China.org*, 19.6.2009).

Niobium und Tantalum: Im August 2009 wurden reiche Vorkommen der seltenen Metalle Niobium und Tantalum im Süden Ostturkestans (Bezirk Baicheng, Präfektur Aksu) entdeckt. Die Bestände umfassen mehr als 100.000 Tonnen Niobium und 10.000 Tonnen Tantalum und haben einen geschätzten Wert von 19 Milliarden US-Dollar. Beide Metalle werden in der Elektronik- und Flugzeugindustrie sowie beim Bau von Kernkraftwerken benötigt (*China Daily*, 31.8.2009).

Kupfer: Rund sieben Millionen Tonnen Kupfer werden in verschiedenen Vorkommen in Ostturkestan vermutet (*Chinamining.org*, 10.6.2009).

Eisenerz: 600 Millionen Tonnen Eisenerz sind in Xinjiang festgestellt worden.

Zink und Blei: 2,5 Millionen Tonnen dieser Rohstoffe werden in Ostturkestan vermutet.

Transport: Bis zum Jahr 2020 will China zehn neue Eisenbahnlinien bauen (mit einer Streckenlänge von 2.000 Kilometern). Auch soll bis zu diesem Zeitpunkt eine Eisenbahnverbindung zwischen Tibet und Ostturkestan fertig gestellt worden sein. Eine

der fünf neuen Routen soll die Provinz Gansu mit Urumtschi verbinden. Die Schnellbahnstrecke mit Spitzengeschwindigkeiten von 300 Stundenkilometern soll die Fahrtzeit von 36 auf 12 Stunden verringern.